

# Die Baugewerkschaft

Organ  
des Zentral-Verbandes  
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.

Herausgegeben vom Vorstandsvorsitzenden.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Anzeigenpreis: Inserte 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Nummer 50.

Berlin, den 14. Dezember 1913.

14. Jahrgang.

## Der Dritte Deutsche Arbeiterkongress

Das war eine ernste, arbeitsreiche Tagung. Imposant im Aufbau, wichtig im Ausdruck. In diesem Kongress werden die Machthaber in unserem Wirtschafts- und Staatsleben nicht blind und schweigend vorübergehen können. Sie werden ihn beachten müssen, weil er die Willensmeinung von weit über eine Million deutscher Arbeiter darstellt. Die Willensmeinung von Arbeitern, die lebenswarm empfinden, wo sie die Nöte des Lebens drückt. Die sich aufbäumen gegen jene, die den Arbeitern das Wenige, was sie haben, das sie sich vielfach erst in heißen Kämpfen erringen mußten, mißgönnen und es ihnen wieder nehmen möchten. Die Pläne schmieden, um das Fundament zu zerstören, von dem aus die Arbeiter in der Lage waren und noch sind, ihre Rechte und Interessen zu wahren und zu vertreten. Die die Arbeiter zu dauernder Ohnmacht verurteilen möchten, um auf dem so gewonnenen Vorsprung dauernd die eigene Herrschaft, wie sie dem Herr-im-Hause-Standpunkt entspricht, aufzubauen.

Dagegen hat sich der Kongress gewandt. Und er hat laut und deutlich gesprochen. Er wird ein Pol sein, an dem sich die interessierten Geister in den nervösen und aufgeregten politischen Tagen unserer Zeit orientieren können. Frei von Leidenschaft, stark im Recht! Das war seine Signatur. Soziale Gerechtigkeit für den Arbeiterstand! Nicht rückwärts mit dem Schiff der Sozialpolitik, sondern vorwärts. Nicht weise Beschränkung, sondern weise Förderung ist zu fordern, wie es der greise Professor Adolf Wagner unter dem stürmischen Beifall des Kongresses zum Ausdruck brachte. Und das Grundrecht des Arbeiterstandes, das Koalitionsrecht, bedarf nicht der Einschränkung, wie das scharfmascherische Kreise erstreben, sondern der Erweiterung und Sicherstellung.

Wie kam es zu diesem Kongress? Kollege Wiesberts sprach's aus: das Gefährlichste des sogenannten Kartells der schaffenden Stände liege in der Stimmungsmache, die es gegen die Arbeiter betreibt. Das ist unzweifelhaft richtig.

Seit einigen Jahren reden wir von sozialer Müdigkeit. Woher kommt sie, und ist sie berechtigt? Sie rührt in erster Linie aus den Kreisen der Großindustrie, die seit Jahren Stimmung in dieser Richtung gemacht hat. Nicht ohne Erfolg. Die Kompottschüssel sei voll für die Arbeiter, sagen sie. Die Industrie könne ohne Gefährdung ihrer Konkurrenzfähigkeit nicht mehr leisten, auch werde das Selbstverantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter, das Vertrauen auf die eigene Persönlichkeit durch unsere Sozialpolitik ungebührlich beeinflusst. Unselbstständigkeit, Verwechslung sei die Folge. Wir vermögen nicht zu glauben, daß dem so ist. Die Tatsachen reden anders. In den letzten Jahren hat die Industrie

geradezu glänzende Gewinne eingeheimst. Und die Leistungen der verschiedenen Arbeiterversicherungen sind wahrhaftig nicht dazu angetan, die Arbeiter zu verwecheln. Im Gegenteil! Ihr erster Zweck ist vielmehr, die Menschen gesund, stark und damit arbeitsfähig zu erhalten. Unter dem Einfluß unserer Sozialpolitik ist die Leistungsfähigkeit der Arbeiter enorm gesteigert worden.

Bislang hat unsere Sozialpolitik nur wohlthuend gewirkt. Unter ihrer Herrschaft konnte unsere Industrie den glänzenden Aufschwung nehmen. Trotzdem die soziale Müdigkeit. Zum größten Teil ist sie künstlich erzeugt, durch das Kartell der schaffenden Stände soll diese Stimmung verschärft, vertieft werden. Wir sagten schon, daß das nicht ohne Erfolg geblieben sei, sie ist sogar schon auf die Katheder unserer Hochschulen gedrungen.

Manche Kreise sind sozial müde geworden, infolge der andauernden Diskreditierung unserer Sozialpolitik durch die Sozialdemokratie. Und trotz unserer Sozialpolitik sei letztere größer und nicht ungefährlicher geworden. Ersteres ist richtig, das zweite ist zweifelhaft. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena hörten wir, die deutsche Arbeiterschaft habe heute schon viel zu verlieren. Das ist von großer Wichtigkeit. Es muß doch immer gefragt werden, wie wäre diese Sozialdemokratie ohne unsere Sozialpolitik. Um der Dankbarkeit halber soll man aber auch keine Sozialpolitik betreiben, sondern um ihrer selbst willen, um bedürftigen Menschen damit zu helfen. Die Gerechtigkeit soll dazu treiben, und diese fragt nicht nach Dank.

In der ganzen Breite und Tiefe hat der Dritte Deutsche Arbeiterkongress diese Fragen aufgerollt und sie auf ihren Inhalt geprüft. Sie enthalten die wichtigsten sozialen Probleme der Gegenwart, die nicht bei den Arbeitern ihre Grenze finden. Und schon hat die konservative Partei im Reichstag einen Antrag auf Vermehrung des Arbeitswilligenschutzes, d. h. mit anderen Worten, auf Verkümmern des Koalitionsrechtes für die Arbeiter, eingebracht. Damit wird deutlich, wie konfliktsschwanger die Zeit ist.

Der Kongress hat eine gute Beachtung gefunden. Die Regierungen, Staatsmänner, Sozialpolitiker und Politiker waren reichlich vertreten. Daß die Arbeiter diejenigen ehren, die den Rat finden, für soziale Gerechtigkeit und Fürsorge für die minderbemittelten Stände einzutreten, beweist der Kongress durch die Ehrung, die er den bekannteren Männern, Graf v. Posadowsky, Freiherrn von Berlepsch und Professor Adolf Wagner zuteil werden ließ. Es war rührend zu sehen, wie Graf von Posadowsky den dreitägigen Verhandlungen bis zur letzten Minute beiwohnte und wie der an der Schwelle des achtzigsten Jahres stehende, fast erblindete Professor Adolf Wag-

ner sich an zwei Tagen zum Kongress tastete. In der Seele der Kongreßteilnehmer weckte es den stärksten Widerhall, als Kollege Stegerwald diese Männer den Arbeitern als Muster vorstellte, wie sie unerschrocken, ein ganzes Leben lang, für das einmal als richtig Erkante eintreten.

Es fehlte nicht an Krähenrufen, die in den Kongress hineinklangen. Die konservative „Kreuzzeitung“ schrieb von dem Kongress der Klassenkämpfer. Die „Börsezeitung“ (ihr Name besagt schon, weiß Geistes Kind sie ist) redete von den christlichen Gewerkschaften als Werkzeugen des Klassenkampfes. In Essen sprach Geh. Kommerzienrat Vorster das Wort von der „Versicherungsseuche“, und er forderte auf zur Gründung eines Vereins gegen die Uebersozialpolitik. Die „Kreuzzeitung“ sollte dem Bund der Landwirte Belehrungen über Klassenkampfpolitik erteilen, denn was dieser tut, ist wirklich nichts anderes.

Leider konnten sich die Vertreter von „Sig Berlin“, trotz der Schwere der Zeit, nicht dazu aufschwingen, ihre Sondermeinung zurückzustellen. Wir glauben tief genug zu sehen. Da saß einer in mühsam verhaltenem Groll über die eigene Bedeutungslosigkeit, der seine Mannen vorschickte, um die Einigkeit zu stören. Um der Sensation und der Agitation halber, da sonst ja niemand von ihnen redet. Arbeiterinteressen sollten vertreten werden, die Ausführungen der „Berliner“ Redner klangen meistens nicht darnach.

Der Dritte Deutsche Arbeiterkongress wird vom bleibendem Wert für die gesamte deutsche Arbeiterschaft sein. Die Geschichte wird das lehren. Nicht umsonst versuchten, wie Kollege Stegerwald vor Schluß des Kongresses mitteilte, einflussreiche Kreise den Kongress zu hintertreiben, ja, selbst hohe kirchliche Würdenträger gegen ihn einzunehmen. Erfreulicherweise ohne Erfolg. Uns aber soll der Dritte Deutsche Arbeiterkongress Veranlassung sein, für seine Beschlüsse mit Umsicht und Energie einzutreten, nicht zuletzt aber auch, um unsere Reihen immer mehr zu stärken. Von Mund zu Mund muß es hallen: Mit Bollkraft an die Arbeit!

### Die Antwort des Kaisers.

Auf das vom Kongress an den Kaiser gerichtete Telegramm lief folgende Antwort ein:

„Donauessingen, 1. Dezember. Den dort versammelten Vertretern der deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände danke ich für die freundliche Begrüßung und für die erneute Versicherung treuer Anhänglichkeit. Wie in den verflochtenen 25 Jahren meiner Regierung, deren der Kongress mit freundlichen Worten gedenkt, werde ich auch künftig der Fürsorge für die

Arbeiterchaft dieselbe Förderung wie der Wohlfahrt der übrigen Erwerbsthätigen zuteil werden lassen. Ich vertraue, daß die christliche Arbeiterchaft an ihrem Teil dazu beitragen wird, die soziale Idee zu fördern und das wohlverdiente Ansehen der deutschen Arbeiter in der Welt allezeit aufrecht zu erhalten. Wilhelm I. R."

Der Kongreß nahm die Antwort unseres Kaisers mit stürmischem Beifall entgegen. Das vom Kollegen Stegerwald auf den Kaiser ausgebrachte Hoch fand einen tiefempfundnen Ausdruck aus ehrlichen Arbeiterherzen.

**Graf Posadowsky über die Sozialpolitik.**

Am Schluß des Kongresses nahm Graf Posadowsky, stürmisch von den Versammelten begrüßt, das Wort. Es waren hervorragende staatsmännische Worte, die der Graf über die deutsche Sozialpolitik an den Kongreß und an die weite Öffentlichkeit richtete. Er führte aus:

Meine Damen und Herren! Sie stehen am Schluß Ihrer Verhandlungen, und ich stehe unter dem tiefen Eindruck dieser Verhandlungen. Sie haben erklärt, daß dieser Kongreß ein sozialer Kongreß sein soll, und Sie wissen, daß in den letzten Jahren die Sozialpolitik des Reiches und die sozialpolitischen Anschauungen aller derer, die sich zu ihr bekennen, heftige praktische und theoretische Auseinandersetzungen gefunden haben. Soweit ich sie gekannt habe, erinnern sie mich an eine Geschichte des klassischen Altertums. Diese Geschichte erzählt von einem Mann namens Herostrotos, der sich berühmt machen wollte, indem er einen der schönsten Tempel anzündete. Schicksal scheint es mir mit den Angriffen gegen die deutsche Sozialpolitik zu liegen. Man wirft ihr vor, daß sie das Verantwortlichkeitsgefühl herabsetze und die Spannkraft der Arbeiter erschlafe. Ich frage: wird die Spannkraft eines einzelnen Arbeiters herabgesetzt, wenn er, durch Krankheit, Unfall oder Alter arbeitsunfähig geworden, das Notwendigste zu seinem Lebensunterhalt findet? (Stürmische Zustimmung.) Wenn die Spannkraft des Arbeiters erschlaft, dazu muß die Spannkraft jedes Reiches erschaffen, der so glücklich ist, über das Notwendigste des Lebensunterhalts zu verfügen. Man sagt, daß Fälle von Täuschung, von Rentenerschleichung vorkommen sind, — ja, aber so etwas kommt auch in anderen Ständen vor. Wird doch jetzt anlässlich der Einführung ein Generalpardon für Steuerhinterziehungen erteilt. Daraus könnte man folgern, daß auch unter den Besitzenden Personen vorhanden sind, die zum Schaden des Staates und der Allgemeinheit sich unlautere Vorteile zu verschaffen suchen.

Das Beispiel der heroischen Kampfweise hindert aber doch in einer Beziehung: denn Herostrotos begnügte sich nicht damit, den Tempel anzuzünden, sondern er sprengte auch hinein und sand den Flammentod. Soweit ich mich an die Gegner der deutschen Sozialpolitik nicht gehen. (Stürmische Heiterkeit.)

Die deutsche Sozialpolitik, die den deutschen Arbeiter in seiner Forderung gehoben hat, und die in ihren verschiedenen Einrichtungen ihr geistig gebildet, ihr geistlich-ethisches Niveau gehoben hat, diese Sozialpolitik anzugreifen, heißt einen der schönsten Tempel der deutschen Arbeit und Schöpfungsfruchtbarkeit zerstören. (Stürmischer Beifall.) Wenn ich in früheren Jahren ins Ausland kam, hat man mir stets mit Bewunderung die deutsche Sozialgesetzgebung gerühmt. Nicht hat so sehr zu dem Ansehen des deutschen Vaterlandes beigetragen. Ich bin auf dem rechten Wege und behaupte, kann man schon daraus erkennen, daß fast alle Kulturstaaten unsere Sozialgesetzgebung nachgeahmt, die Teil direkt kopiert haben.

Der Gegner der Sozialpolitik ist, nach mir das Gefühl einer deutschen Arbeiterfamilie kann gekannt haben, die ihres Ernährers beraubt worden ist, aber er muß ein brüchiges gepanzertes Herz in der Brust haben. (Stürmischer Beifall.)

Es leben im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die sich jährlich dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft gegenüberstellt. Sie dagegen wollen ein gleichberechtigtes Glied der bürgerlichen Gesellschaft sein und in ihr mitarbeiten. (Stürmische Zustimmung.) Darin liegt die tiefe Kraft, die Sie von der deutschen Sozialdemokratie trennt. Es ist eine harte Prüfung für das deutsche Reich, daß nachher es so glänzend sich erheben hat aus jahresberühmten Glanz, durch das Volk ein so tiefer Schritt geht. Dessen dürfen wir nicht vergessen, daß auch die Sozialdemokraten Deutsche sind, und wir dürfen nie die Hoffnung haben, daß sie Mittel verschaffen, sie zurückzuführen in die Vergangenheit. (Stürmischer Beifall.) Das sind sehr ernste Fragen. Es geht ein, ein, gegen unsere sozialpolitische Gesetzgebung und unendlich gegen das den Arbeitern gewährte Recht, sich zu vereinigen. Darüber sollen sich die Kräfte, die den Arbeitern diese Freiheitsrechte verschaffen wollen, klar sein.

auch wenn es gelingt, die Sozialdemokratie zu überwinden — und das hoffen wir (Lebhafte Beifall) —, eine Arbeiterpartei wird immer in Deutschland bestehen. (Minutenlanger stürmischer Beifall.) Daß sich unser Arbeiterstand mit seinen Kollegen vereint, ist ganz natürlich; denn durch unsere Zeit geht der korporative Geist. Will man den Industriearbeitern in einer Zeit in der sich alles organisiert, kartellisiert, syndiziert, dieses Recht mißgönnen? Will man dem Industriearbeiter, der in den Betrieben oft unter Gefahr seines Lebens und unter großer Verantwortlichkeit tätig ist, verwehren, sich mit seinen Arbeitskollegen zu vereinbaren? Man hat ja jetzt gewisse gesetzgeberische Maßnahmen in Aussicht genommen. Es ist selbstverständlich, daß in einem geordneten Staat die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten werden muß und daß die Handlungen des einzelnen gegenüber Uebergriffen gesetzlich geschützt werden müssen. Das gilt auch für die Arbeiter, und der aus der Sozialdemokratie hervorgegangene französische Ministerpräsident Briand hat dieses Recht und die Pflicht des Staates betont, unbedingt für den Schutz des einzelnen und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu sorgen. Aber durch wesentliche Strafverschärfung wird man in großen Arbeiterkämpfen Ausschreitungen einzelner niemals verhindern. Ich habe stets in meiner langen Erfahrung gefunden, daß Ruhe und Ordnung abhängt nicht von Strafgesetzen, sondern von einer ruhigen, besonnenen und tatkräftigen Polizei. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe die Ueberzeugung, daß die bestehenden Gesetze durchaus ausreichen. (Stürmischer Beifall.) Wenn man durchaus eine Änderung eintreten lassen will, dann müßte man alle Spezialgesetze aufheben und nur ein Gesetz schaffen, das die Einschüchterung und Erpressung gegen jeden unter Strafe stellt.

Ich bin auf Grund meiner politischen Erfahrungen Gegner jeder Ausnahmegeetze (Stürmischer Beifall), weil Ausnahmegeetze hindern auf irgendeine schwache Stelle in den Staatsgesetzen. Ausnahmegeetze kommen mit vor wie gewisse Medikamente, die zwar vorübergehend den Schmerz lindern, aber schließlich den ganzen Organismus schädigen. Ich halte es nicht für unbedeutend, mit Rücksicht auf die Stimmung in den Arbeiterkreisen, derartige Anträge überhaupt zu erörtern. Aus parteipolitischen Gründen sollte man davon absehen.

Dieser Kongreß muß in Ihrem Leben ein großer Tag sein. Das Leben des einzelnen geht vorüber, ewig aber ist das Leben eines Volkes, und den größten Teil des Volkes bilden diejenigen, die mit ihrer Hände Arbeit Werte schaffen. (Stürmischer Beifall.) In allen Staaten, auch in den republikanisch regierten, wird von einer Aristokratie des Reichtums, Geistes oder der Geburt regiert, und jeder hat das Recht, sich hinaufzuarbeiten, aber den führenden, besitzenden Klassen erwächst daraus auch die vornehmste Pflicht, sich der Rechte und Interessen der nichtbesitzenden Klassen anzunehmen. Diejenigen, die sich dieser Pflicht bewußt sind, werden auf Widerhall bei den Arbeitern rechnen können. Sie bestehen hier aus christlich-patriotischen Vereinen, und unter diesem Zeichen hoffen Sie ferner zu kämpfen und auch zu siegen. (Beifall.) Ich hoffe, daß die kommenden Geschlechter noch einmal die Zeit erleben werden, wo der tiefe Mißstand heute durch unser Volk geht, geheilt sein wird und das deutsche Volk wieder ein einziges Volk von Brüdern sein wird. (Stürmischer Beifall.) Fahren Sie fort, für das geistige und sittliche Wohl des Arbeiterstandes zu sorgen, dann erweisen Sie nicht nur dem Arbeiterstand, sondern dem gesamten deutschen Volke einen unschätzbaren Dienst.

Nicht erdennwollender Beifall dankte Graf Posadowsky für diese Worte, der sich zu einer Ovation für ihn gestaltete, als Kollege Stegerwald ihm den Dank des Kongresses abkattete.

**Bericht über die Kongreßverhandlungen.**

Am Montag, den 1. Dezember, kurz nach 9 Uhr, eröffnete der zweite Vorsitzende des Kongresses, Kollege Stegerwald, die Verhandlungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt er verschiedene eingelaufene Begrüßungen bekannt. Erster Referent ist Kollege Joss, R. Stabban. Er behandelt das Thema:

**Nationale Entwicklung und soziale Bewegung.**

Im dem Doppelbilanzen dieses Jahres, so führte er aus, hingen die Motive des Themas an, das bestimmt worden ist, den dritten Deutschen Arbeiterkongreß einzuleiten. Wir sind ein nationaler Kongreß. Die Arbeiter und Angestellten aller deutschen Gauen, die hier vertreten sind, haben sich bewußt, und Volk. (Sehr richtig.) Wir freuen uns des deutschen Vaterlandes nicht in dankbarer Aufgeschlossenheit und im Gefühl der Verbundenheit oder gar der Betrachtung anderer

Art und anderer Sitte, nur im gerechtem Stolz auf unsere Eigenart. Ein gesundes Volk wollen wir sein und in freitwilligem Sinne und staatlichem Pflichtbewußtsein nach der besten bürgerlichen Ordnung und sozialer Wohlfahrt streben. Das deutsche Volk in ehrenvoller Auszeichnung im Wettbewerb der Kulturvölker, das ist der Inhalt unseres Nationalbegriffs. Das war es auch, was das Volk von 1813 gefühlt, gewünscht und was es ersehnt hat. Fast möchte man sagen, es bedurfte der niederschmetternden und in der Zerstörung aufwühlenden Wirkung jener gewaltigen Naturkraft, die durch Europa brauste, um die Sehnsucht nach Einigung und Zusammenfassung der Deutschen zur großen Nation aufzuwecken. Es war eine große Zeit, da das deutsche Volk sich so kraftvoll regte. Ohne den Opfermut von 1813 gäbe es kein deutsches Reich. Ein Volk vermag viel, wenn es einmal in all seinen Gliedern seines Wesens und seiner Eigenart als Nation sich bewußt geworden ist. Allein, seine Volkskraft wird es doch nur entfalten können, wenn Arbeitsamkeit, Erfindungs- und Unternehmungsgeist des Einzelnen geschützt und getragen werden durch bürgerliche Freiheit und öffentliche Institutionen und Gesetze. So auch bei uns in Deutschland. Die Neugestaltung des Staates und die Befreiung des gemeinen Mannes von lästigem Druck überlebter Formen gingen mit der Behebung des nationalen Bewußtseins Hand in Hand.

Eine neue Zeit ist seitdem entstanden. Technische und wirtschaftliche Umwälzungen und soziale Umsichtung haben das Angezicht der deutschen Erde geändert. Unter schweren Geburtswehen erwuchs der Staat die richtige Stellung zum Lohnarbeiterproblem fand und die manchesterliche Aufspaltung verdrängt war. Endlich kam der soziale Gedanke doch in der Politik zur Geltung und er ist im Laufe der Zeit besser angekommen, wie in manch anderem Land. Besonders unser jetzt regierender Kaiser hat das soziale Missionswort des konstitutionellen Königtums warm und entschlossen aufgegriffen. Die Erlasse von 1890 stehen als Dokumente christlicher Humanität und Staatsweisheit vor uns. (Bravo.) Wir danken Sie dem Kaiser aus tiefster Seele. (Stürmischer Beifall.) Wir sind monarchisch gesinnt (sehr richtig), und glauben damit eins zu sein mit dem deutschen Volksgeist, wie er sich in Jahrhunderten gebildet hat. Wären wir keine Monarchisten aus Treue und Glauben, wir würden es aus Eignung und Vernunft. (Sehr wahr.) Unsere staatlichen und sozialen Zustände sind dank der straffen zusammenfassenden Kraft, die vom monarchischen Gedanken ausgeht, vor vielen Zufälligkeiten und Wechselfällen bewahrt.

Arbeiterversicherung und Arbeiterabschutz sind im Deutschen Reich ausgebaut worden. Absolut vollkommen sind sie noch nicht, aber ihren Segen muß jedermann anerkennen. Man sage nicht, das deutsche Volk hätte kein Gefühl dafür. Selbst an der Sozialdemokratie ist das soziale Wirken des Staates nicht spurlos vorübergegangen. (Sehr richtig.) Wir wissen nicht, wie stark die Parteibewegung wäre, wenn sozialpolitisch nichts getan worden wäre. Wenn auch die Sozialdemokratie bedauerlicher Weise außerordentlich stark geworden ist, so hat sie doch, beeinflusst durch die erfolgreiche soziale Reformbewegung an revolutionärem Glanz eingebüßt. (Sehr richtig.) Es liegt nicht nur am schwerfälligen Temperament des deutschen Volkscharakters, wenn es der radikalen Richtung in der Partei nicht folgen will, gefährliche Massenaktionen zustande zu bringen. Auch der deutsche Sozialdemokrat weiß, daß er mehr zu verlieren hat als Ketten. (Sehr richtig.) Neben dieser negativen Bewegung hat sich eine andere, unter den schwierigsten Verhältnissen achtunggebietend entfaltet, die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie verfügt über größere Legionen, aber Zahlen allein entscheiden nicht. (Sehr richtig.) Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist eine nationale Hoffnung. Sie ist eine hohe Schule der Erziehung zu staatsbürgerlichem Bewußtsein. Wenn breite Massen des Volkes heute schon den Kapitalismus bewußt ablehnen, wenn sie die Fähigkeit und moralische Kraft haben, ihre Klassenforderungen im Interesse des Volksganges zu messen, wenn sie reif sind für eine weitausschauende Weltpolitik des Deutschen Reiches, so ist das mit das Wert der christlich-nationalen Organisationen. (Stürmischer Beifall.) Doch nicht um Dankbarkeit zu erwerben, führt der heutige Staat soziale Maßnahmen durch. Wenn er für die Lohnarbeitenden Klassen sorgt, so tut er es direkt für nahezu die Hälfte des deutschen Volkes und indirekt für das gesamte Volk.

Neben der freudigen Genugtuung, die wir über die Erfolge der sozialen Bemühungen in unserem Vaterlande empfinden, dürfen wir uns aber nicht verhehlen, was noch zu tun ist. (Sehr richtig.) Die wirtschaftliche Erstickung der deutschen Lohnarbeiterchaft darf nicht überschätzt werden. Wir haben einige hochgelohnte Arbeiterdichten, daneben haben aber Millionen von anderen Berufsschichten und Hilfsarbeitern, die zum das unbedingt nötige

erreicht haben. (Sehr wahr.) Das Familienleben, das auf den niederen Jahressöhnen aufgebaut ist, läßt sich statistisch nicht erfassen, das kann man nur sehen, um es zu beklagen. Doch immer ist das Arbeiterdasein ein unsicheres. Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität sind unheimliche Begleiterscheinungen. (Sehr wahr.) Es wird noch viel gesunde Kraft verzehrt in vergeblichen Versuchen, sich und die Seinen über Wasser zu halten. (Sehr wahr.) Das Armelein ist besonders schwer erträglich in einer Zeit übertriebenen Luxus und rücksichtslosen Genießens. (Sehr richtig.) Die soziale Sorge ist uns noch nicht von der Seele genommen, nicht den Staatsmännern, nicht den Industriellen, nicht den besitzenden Klassen und nicht der Wissenschaft. Es sind noch Aufgaben da. Die müssen gelöst werden. Damit dient unsere Zeit der Zukunft. Arbeitslosigkeit gilt es zu bekämpfen und davor zu bewahren. Die Lebenshaltung ist zu erleichtern und dem Wohnungswucher muß gesteuert werden. Eine soziale Kulturforderung ist die der Volksbildung und Volkserziehung. Dieser Acker liegt noch brach und nur seine köstliche Frucht wird uns zu einem wahren Kulturvolk machen. Der Staat, die sozialen Vereinigungen und die religiösen Gemeinschaften haben hier große Aufgaben. Erzieherische Kleinarbeit muß geleistet werden an und in den Familien. Unser Arbeiterstand ist noch gar wurzellos in den Industriegebieten. Die neuzeitliche Arbeitsweise zersprengt die Familien und zerstört die Gemütskräfte. Auch unseren Organisationen erwachsen hier Aufgaben.

In der Denkschrift Gneisenaus über die Notwendigkeit der Entfesselung aller Volkskräfte im Jahre 1813 heißt es an einer Stelle: „Die neue Zeit braucht mehr als alte Namen, Titel und Pergamente, sie braucht frische Tat und Kraft“. Die Kraft sah er von unten kommen. Auch wir sagen, im Volke wächst gute Kraft, die möge man heraufwachsen lassen. Das ist eine Kulturpflicht und darin liegt die Zukunft der Nation. (Stürmischer lang anhaltender Beifall.)

Der Vortrag des Kollegen Zoos war eine Glanzleistung nach Form und Inhalt. Er erntete den wohlverdienten Beifall und die Anerkennung des Kongresses. Da der zweite Punkt der Tagesordnung:

**Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner.**

eng mit dem ersten einleitenden Vortrag zusammenhängend, wurde dieser Vortrag anschließend entgegengenommen. Referent war Kollege Giesberts, der ausführte:

In den Gedanken an die Erfolge unserer Sozialpolitik im Jubiläumsjahr mischt sich ein Schatten. Mehr als je erheben die Gegner der Sozialpolitik ihr Haupt, und es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, daß selten die antisozialen Bestrebungen sich so scharf hervorgezeigt haben wie gegenwärtig. (Sehr richtig.) Man nörgelt und kritisiert die Ergebnisse unserer Arbeitergesetzgebung unter Voranstellung von einzelnen Missetaten. Vertreter der Industrie, wie auch Vertreter der Wissenschaft haben in jüngster Zeit kräftig Sturm gelaufen gegen unsere Sozialgesetzgebung. (Hört, hört.) Aber ebenso einmütig war die Abwehr, und eine erwünschte Folge jener Angriffe ist zweifellos gewesen, daß die neueren Kundgebungen durch die zahlreichen Schriften zur Abwehr der Bernhardt'schen Angriffe die Bedeutung und den Segen der Sozialgesetzgebung dem deutschen Volke erneut zum Bewußtsein gebracht haben. (Sehr richtig.)

Eine andere Richtung klagt über die Lasten der Sozialgesetzgebung und sieht darin eine Beeinträchtigung ihres Profits. (Hört, hört.) Es soll nicht geleugnet werden, daß die Sozialgesetzgebung finanzielle Opfer erfordert. Aber sie sind bei weitem nicht so groß, als daß sie die Industrie nicht tragen könnte oder sie in ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande beeinträchtigen könnte. (Sehr richtig.) Wir sind die letzten, die eine Sozialgesetzgebung wollen, welche die Industrie ruiniert, aber im Rahmen des Möglichen muß auch das Notwendige geleistet werden. (Stürmischer Beifall.) Bei Berechnungen von hervorragenden Sozialstatistikern betragen die Beiträge der Arbeitgeber zu den drei Zweigen der Arbeiterversicherung im Durchschnitt 8-10% der gezahlten Löhne. (Hört, hört.) Wir legen entschieden Protest ein gegen die ungerühmte Schwarzmalerei, die ganz besonders dazu beigetragen hat, die deutsche Arbeiterversicherung im Auslande in Mißkredit zu bringen. (Stürmischer Beifall.)

Und ebenso protestieren wir gegen die mit Gewalt in letzter Zeit auftretende Strömung nach Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. (Beifall.) Es scheint fast, daß die Zeit, wo wir den radikalsten Reichstag haben, die Zeit der stärksten sozialen Reaktion werden sollte. (Hört, hört.) Redner bespricht die Forderungen des sogenannten Leipziger Kartells und des Handwerks- und Gewerbelammertages bezüglich des Arbeitswillens und des, sowie die neue Strömung im Hansa-Bund, die sich ebenfalls gegen das Koalitionsrecht richtet und erklärt, die christlich-nationale Arbeiterbewegung wird alles daransetzen, eine Mißverständ-

lichmachung der Arbeiterrechte zu verhindern, politische Parteien, welche sich auf den Boden jener Beschlüsse stellen würden, treten zu uns in schärfsten Gegensatz und Kampfstellung. (Sehr wahr.) Wer auch so viel darf gesagt werden, wenn die Pläne der Scharfmacher keine Verwirklichung finden, so dankt dies die deutsche Arbeiterschaft in erster Linie der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und nicht der Sozialdemokratie, die durch ihren Terrorismus den Reaktionsären den Vorwand gibt für ihr arbeitserfeindliches Verhalten. (Stürmischer Beifall.) Es handelt sich im letzten Grunde nicht um die Verteidigung formloser Rechte, sondern um die Erhaltung der gewerkschaftlichen Erfolge, um besonderen der Tarifverträge. (Sehr richtig.) Industrie und Handwerk sind von ihren Führern übel beraten, wenn sie so vorgehen wie in letzter Zeit. Das ist nicht die rechte Vertretung berechtigter Interessen, wenn man sich den Interessen anderer Stände in den Weg stellt. Die Landwirtschaft, das Handwerk, Handel und Industrie finden für ihre Organisation die weitgehendste Unterstützung der Regierung. (Sehr wahr.) Die Gesetzgebung hat ihnen große Machtbefugnisse über die Ständesangehörigen in der Organisation gegeben. Und nun sehen wir, wie diese Stände gemeinsam Sturm laufen gegen die ungeschützte freie Selbsthilfebewegung der Arbeiter. Das sieht fast so aus wie die Proklamation des Klassenkampfes von oben. (Stürmischer Beifall.) Und dieser Kampf kann unmöglich Frieden und Segen für Volk und Vaterland bringen.

Alle diese antisozialen Strömungen beweisen, daß die Erkenntnis und Bewertung der eigentümlichen Lage der Lohnarbeiter innerhalb unserer Wirtschaftsentwicklung noch nicht genügend durchgedrungen ist. (Sehr richtig.) Wir Arbeiter können uns das Recht nicht verwehren lassen, die Verwertung unserer Erwerbskraft als einzige Vermögens- und Einkommensquelle so zu gestalten, daß Gesundheit und Leben nach Möglichkeit gesichert wird. (Sehr richtig.) Wir müssen für uns die volle Freiheit der Selbsthilfebewegung verlangen, im Rahmen von Gesetz und Ordnung, um unsere Löhne zweckentsprechend regeln zu können und das Mitbestimmungsrecht im freien Arbeitsvertrag zu sichern. Bei dem vorigen Kongreß hier in Berlin hat der damalige Staatssekretär des Innern, der jetzige Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg, die Programmworte gesprochen von der Eingliederung der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft. Die Strömungen, die wir jetzt sehen, wenden sich gegen dieses Programm; sie sehen viel mehr nach einer Ausgliederung, als einer Eingliederung aus. (Sehr richtig.) Deshalb lassen wir nicht locker. Wir wollen unseren Platz in der Gesellschaft erringen, wir wollen die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den historischen Ständen, unter verständlicher Berücksichtigung der verschiedenen Stände, die nun einmal in jeder menschlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung selbstverständlich sind. Die antisozialen Strömungen sind bedauerlich im Interesse des sozialen Friedens und des nationalen Fortschritts. Das Licht der Kultur und der wirtschaftlichen Errungenschaften hat auch das Dunkel des Arbeiterdaseins allmählich erhellt. Nun sehen wir Reaktionen am Werk, die recht flott wieder die Fenster verhängen möchten, durch die, wenn auch spärlich, aber immerhin tröstlich und erfreulich, das Licht des sozialen Frühlings in das Arbeiterdasein strahlte. Wir wollen ihnen kräftig auf die Finger klopfen und was unser Teil betrifft dafür sorgen, daß diese Fenster recht weit geöffnet und dieses Licht auch weiterhin recht freundlich und tröstlich den Vermissten der Armen leuchtet. (Großer langanhaltender Beifall.) Die Eingliederung der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft ist für uns keine inhaltlose Phrase, sondern ein Programm, ebenso wie für uns das Wort Kaiser Wilhelms I. ein Programm ist: „Ich will, daß meinem Volke die Religion erhalten bleibt.“ Wir wollen die religiösen und sozialen Kräfte im Volke stärken und ebenso entschieden vertreten gegen Radikalismus von links, wie gegen Reaktion von rechts. (Stürmischer Beifall.)

Die vom Referenten vorgelegte Resolution bezeichnet es als die wichtigste Aufgabe von Reich und Staat, den unteren Volkskreisen einen angemessenen Anteil an den Erfolgen unserer Wirtschaftstätigkeit und den Fortschritten der Kultur zu vermitteln. Er fordert daher Fortführung der Sozialpolitik, Bekämpfung der scharfmacherischen Reaktion, und Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Zu dem Thema lagen eine Anzahl Anträge von verschiedenen Berufsverbänden vor, in denen die Ein- oder Fortführung besonderer Fürsorge für den betr. Beruf gefordert wurde. Die Diskussion bewegte sich in den im Referat gekennzeichneten Grenzen. Es bestand vollständige Einmütigkeit darüber, daß die Sozialpolitik nicht stillstehen, sondern gefördert werden muß. Das Wort, das uns immer aus der Industrie entgegenhalle, sie sei nicht mehr in der Lage noch weitere Lasten auf sich zu nehmen, ohne ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte zu be-

einträchtigen, sei nicht richtig; denn erst unter der Ägide der Sozialpolitik sei der gewaltige Aufschwung der Industrie eingetreten.

Während des Vortrages des Kollegen Giesberts war als Gast des Kongresses, der fast 80jährige Professor der Berliner Universität, Excellenz Geheimrat Adolf Wagner, dem die deutsche Arbeiterschaft viel zu danken hat, eingetroffen. Stürmisch von der Versammlung begrüßt nahm er das Wort und führte aus:

„Ich möchte Ihnen zunächst danken, für die freundliche Begrüßung, die ich als Theoretiker eigentlich nicht von Ihnen erwarten konnte, denn ich sehe hier so bedeutende Männer vor mir wie Freiherrn v. Berlepsch und Graf Posadowsky, die als Staatsminister in erster Reihe die Sozialpolitik gefördert haben. Daher ist für mich die Begrüßung eigentlich etwas beschämend, denn das sind die Männer, die Sie brauchen. Wir Theoretiker können wohl hier und da anregen, aber die Männer der Praxis sind es, die Ihnen notwendig sind. Hoffentlich wird es Ihnen an diesen niemals fehlen. Es ist gesagt worden, daß wir in der Sozialpolitik zu weit gegangen seien, und daß es nun an der Zeit sei, einzuhalten. Demgegenüber sage ich:

Jetzt erst recht gerade vorwärts mit der Sozialpolitik! (Stürmischer Beifall.) Dann ist gesagt worden, es sei deshalb an der Zeit, Maß zu halten, weil Rücksicht genommen werden müsse auf die ausländische Konkurrenz. Aber wenn wir sehen, wie groß unsere Industrie geworden ist, welche großen Gewinne die Aktiengesellschaften monatlich im Bergbau erzielen, dann frage ich: ist es denn wirklich wahr, daß Deutschlands Industrie im Rückgang begriffen ist? Ist sie nicht vielmehr aufgebüht im Zeitalter der Sozialpolitik? (Stürmischer Beifall.) Für mich als Theoretiker waren in erster Reihe Erwägungen von Einfluß, die ich in der englischen Literatur kennen gelernt hatte. Es war dort gesagt worden, man rühme das Zeitalter der Maschinen, aber sei es denn dadurch für den Arbeiter besser geworden? Da sagte ich mir: wenn das Zeitalter der Maschinen und der Naturerkenntnis ein wahrer Segen für die Menschheit werden soll, dann muß Sozialpolitik getrieben werden. Das ist in Deutschland erfreulicherweise auch geschehen. Der Mann, der Deutschland groß gemacht hat, der das neue Deutsche Reich geschaffen hat, Wilhelm der Große, ist, nachdem er den militärischen Vorber erreicht hatte, nicht müde geworden, sondern hat das Zeitalter der Sozialpolitik ins Leben gerufen. Wir Theoretiker sind mit Ihnen in dem Ziel eines maßvollen Arbeiterschutzes einig, und wir wünschen, daß das im ganzen Reich anerkannt wird, und daß, wie Giesberts ausgeführt hat, die Gebildeten einsehen mögen, daß Ihre Bestrebungen nicht sozialdemokratisch, sondern gut national sind. Denn sie halten fest an Vaterland, Thron und Kirche. Halten Sie auch daran fest, einen maßvollen Arbeiterschutz zu verlangen, und ich hoffe, daß die gebildeten Kreise Sie immer mehr auf diesem Wege begleiten möchten. Ich spreche Ihnen meine besten Wünsche für diese Bestrebungen aus. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Kollege Stegerwald dankte dem greisen Professor für seine herzlichen Worte. Männer wie Adolf Wagner, Graf v. Posadowsky und Freiherr von Berlepsch, seien den Arbeitern ein Vorbild dafür, wie man ein ganzes Leben lang für den einmal als richtig erkannten Gedanken eintrete.

In die folgende Diskussion wurde ein Mißklang getragen durch Herrn Richter von „Sitz Berlin“, der glaubte, auf diesem Kongreß die arbeiterschädigende Sondermeinung seiner Richtung zur Geltung zu bringen. Wann werden denn diese Leute einmal einsehen, wessen Geschäft sie besorgen.

Die vorgelegte Resolution und die Anträge wurden mit Ausnahme der von „Sitz Berlin“ angenommen. Damit war der erste Verhandlungstag erschöpft.

**Lebensmittelförderung und Lebensmittelversorgung.**

Am Dienstag, den 2. Dezember, wurde zunächst vorstehendes Thema behandelt, und im Anschluß daran der Vortrag über das Koalitionsrecht entgegengenommen. Das wurde notwendig, um den anwesenden Reichstagsabgeordneten die Teilnahme zu ermöglichen, da dieselben wichtiger Entscheidungen halber des mittags im Reichstag anwesend sein mußten.

Kollege Stegerwald hatte das erste Referat übernommen.

Die deutsche Volkswirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten ungeheure Wandlungen durchgemacht. Bei Schaffung des Deutschen Reiches bildeten die in der Landwirtschaft Tätigen über 47 Proz. der Bevölkerung, 1907 dagegen waren es nur noch 28,6 Prozent, trotzdem in der Zwischenzeit sich die deutsche Bevölkerung um mehr als 21 Millionen Menschen vermehrte. (Hört, hört!) Die Zahl der Lebensmittelgewinner geht ständig zurück, während die Lebensmittelverbraucher jährlich um 8 bis 900 000

wachsen. Das deutsche Volk wird in stets steigendem Maße Stadt- und Industrieboll. Dieses stellt ganz andere Bedürfnisse hinsichtlich des Nahrungsmittelbedarfes als die landwirtschaftliche Bevölkerung. Die Zusammenballung gewaltiger Konsummassen in wenigen Städten und Industriebezirken weisen auch der Organisation des Lebensmittelverkehrs ganz neue Aufgaben. Die Politik, mit der 1879 in Deutschland begonnen wurde, war in der Hauptsache Produktionspolitik. Heute muß im Hinblick auf die gewaltig veränderte Volksschichtung aufs ernsthafteste die Frage behandelt werden: Wie kann neben der Produktionspolitik eine gesunde Konsumpolitik zielbewußt durchgeführt werden? Wie kann die Kaufkraft der gewaltigen Konsummassen gehoben, wie kann der Inlandsbedarf an Lebensmitteln den Massen am zweckmäßigsten vermittelt werden. (Sehr richtig.) Im letzten Jahrzehnt ist in Deutschland eine sehr starke Preissteigerung, insbesondere für Fleisch und tierische Produkte eingetreten. (Sehr richtig.) Welche Konsumrenten könnten ihre Einkommensverhältnisse nicht in dem gleichen Maße steigern, wie die Preise für Lebensmittel gestiegen sind. Aus dieser Situation müssen wir in Deutschland heraus. (Beifall.) Die Ursachen der Teuerung sind teils internationaler, teils nationaler Art. In internationalen Ursachen sind zu nennen: Die ehemaligen europäischen landwirtschaftlichen Ausfuhrstaaten haben inzwischen ihre Industrie entwickelt und ihre nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung bedeutend vermehrt. Die älteren Industriestaaten Europas und die Vereinigten Staaten von Nordamerika weisen ebenfalls eine bedeutende Volksvermehrung auf. Der Bedarf an Nahrungsmitteln ist in den letzten Jahren schneller gestiegen als die Weltproduktion. Als deutsche Preissteigerungsercheinung ist zunächst zu nennen die gewaltige Verschärfung und Intensivierung unserer Bevölkerung. Dann die Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion durch verstärkten Arbeitsaufwand, durch teure Düngemittel, gestiegene Arbeitslöhne ujm. Dazu kommt die teilweise Anarchie im Lebensmittelverkehr, der gegenüber die Großstädte und die Industriezentren mit ihren gewaltigen Konsummassen ihre Aufgaben vernachlässigt haben. Schließlich zeigen sich weitere Schwierigkeiten im Viehhändler- und Metzgergewerbe. Auch die deutsche Zollpolitik hat, insbesondere in den letzten Jahren, verschärfend auf die Preissteigerung gewirkt. Die Begleiterscheinungen der Teuerung sind für die deutsche Gesamtwirtschaft außerordentlich bedenklich, so daß mit großer Eile die Frage ventiliert werden mußte: Wie kann der Teuerung in Deutschland wirksam begegnet werden? Dazu gibt es zwei Wege: entweder Beseitigung oder bedeutende Herabsetzung der landwirtschaftlichen Schutzzölle, oder nachdrückliche Verbesserung und Hervollkommenung der Inlandsproduktion und des Lebensmittelverkehrs, verbunden mit Ergänzungszufuhr vom Auslande. (Sehr richtig.) Ich bin der Ansicht, daß für deutsche Verhältnisse der letztere Weg am sichersten zum Ziele führt. Dazu ist notwendig: Kreditversicherung für die Landwirtschaft, energische staatliche Förderung der beschädigten Einrichtungen zur Herbeiführung eines verbesserten und verbilligten Betriebes, insbesondere für die kleineren und mittleren Landwirte. Der letzten Kolonisation und der Erschließung von Moorländern ist die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch bei der bevorstehenden Renneuerung unserer Handelsverträge erweisen sich Erleichterungen als notwendig. (Sehr richtig.) Eine Erhöhung der Zölle auf Nahrungsmittel ist abzulehnen. Ebenso dürfen Zölle nicht auf feinerere zollfreie Lebensmittel gelegt werden, insbesondere nicht auf solche, die für den Massenbedarf in Frage kommen. (Sehr richtig.) Schließlich ist erforderlich eine gründliche Änderung des Einfuhrzollsystems; der Verbesserung des Futterbaues und des ausländischen Getreidezuges ist die größte Sorgfalt zuzuwenden. Hinsichtlich der Ergänzungszufuhr von Vieh sind mit den an Deutschland angrenzenden Ländern, ähnlich wie mit Oesterreich, Sonderkonventionen abzuschließen. Die Bestimmungen über die Quarantäne gegenüber dem japanischen Vieh sind zu mildern. Bezüglich der Zufuhr von Fleisch mag die Viehhaltung in unserer Kolonien gefördert werden. Dort könnten Viehhaltungsbetriebe errichtet und mit den Konzentren des deutschen Meeres und die Marine versorgt werden. Die Verbote gegenüber der Einfuhr von amerikanischen Bäckereierzeugnissen und der Hartwäpfe sind aufzuheben. Hinsichtlich der Einfuhr von amerikanischen Fleischwaren sind Erleichterungen zu schaffen. Auf dem Wege der Ergänzungszufuhr als notwendig. Es sind Lebensmittelämter im Reich, in den Einzelstaaten und in großen Konsumgemeinden und Industriebezirken zu errichten. Für den Viehverkehr sind Stationen einzurichten. Den Städten erlauben auf dem Gebiet der Lebensmittelzufuhr

große Aufgaben. Sie müssen schließlich allmählich auch dazu übergehen, eigene Schweinefleischmüllereien zu errichten. Die großkapitalistische Fleischversorgung ist in Deutschland stark auf dem Marsche, so daß auch die Metzger den städtischen Maßnahmen mit größerem Verständnis begegnen sollten. Auch die größeren industriellen Anlagen sollten Mastanstalten und Schlachtereien errichten. Die Arbeiter können sich in ländlichen Bezirken ebenfalls stärker an der Schweinezucht und auch an der Kaninchenzucht beteiligen. In Frankreich werden jährlich um hundert Millionen Mark Kaninchen gezüchtet. Durch die Behandlung dieses Themas auf dem Kongreß sollten Staat, Gesellschaft und öffentliche Gewalt auf die ungeheure Bedeutung des Lebensmittelversorgungsproblems hingewiesen werden. An der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes muß künftig allseitig mit großer Energie und Planmäßigkeit gearbeitet werden.

Der Kongreß sprachte Kollegen Stegerwald für seine ausgezeichneten Darlegungen durch stürmischen Beifall den wohlverdienten Dank ab. Eine Resolution legte der Referent nicht vor, sondern Keilsätze. Da wir die Beschlüsse des Kongresses demnächst im Zusammenhang bringen, erübrigt sich jetzt eine Wiedergabe. Zu dem Thema lagen Anträge des Oberfelder Eisenbahnerverbandes, des Telegraphen- und des Militärarbeiterverbandes vor. In der Diskussion wurde dem Referenten im allgemeinen zugestimmt. Es kam zum Ausdruck, daß wir gegen Preissteigerungen, wie wir sie die letzten Jahre erlebt, geschützt sein müssen. Das Interesse der Konsumenten muß im erträglichen Verhältnis zum Produzenten stehen. Gegen den Hund der Landwirte, kam eine starke Mißstimmung zutage. Dieser, selbst eine der schärfsten Interessenvertretungen, unterstützt die Bestrebungen der scharfmacherischen Großindustriellen, auf Unterdrückung der Arbeiterschaft. Der Kongreß zeigte deutlich, daß aus einem derartigen Verhalten nur Gefahren für die Landwirtschaft selbst entstehen können.

**Die Bedeutung des Koalitionsrechts und des Vereinigungsrechtes für die Arbeiter und Angestellte**

referierte Kollege Andre, Stuttgart.  
Die heutige Arbeiterbewegung ist das Produkt einer natürlichen Entwicklung, die namentlich von den technischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Verbindung mit der Bevölkerungsvermehrung ihren Ausgang genommen hat. (Sehr richtig.) Koalition bedeutet Zusammenschluß. Arbeiter und Angestellte müssen sich zusammenschließen, weil sie in der Regel zur dauernden Unselbständigkeit und Abhängigkeit verurteilt sind, und daher einzeln ihre Interessen nicht hinreichend wahrnehmen können. (Sehr richtig.) Der rechtlich freie Arbeitsvertrag (§ 105 der Gewerbeordnung) ist tatsächlich unfrei, weil die Arbeitnehmer durch die Not gezwungen werden, auch unter ungünstigen Verhältnissen Arbeit anzunehmen. Da aber die erste, in der menschlichen Natur begründete Pflicht die Erhaltung des Daseins und die Sorge für die Familie gebietet, ergibt sich das Streben nach Sicherung und Befestigung der Existenz als ein sittliches Gebot. (Sehr wahr.) Dieses Streben findet im Zusammenschluß seinen natürlichsten Ausdruck. Der Staat kann dieses Recht nicht umstoßen, er kann es nur gegen Mißbrauch schützen.

Es mit der französischen Revolution zur Ausbreitung gelangte Rechtsauffassung hatte u. a. zur Folge, daß auch in Deutschland bis zum Jahre 1869 Koalitionsverbote bestanden. Die Arbeiter und Angestellten wurden hilflos dem Gesetz von Ansehen und Nachfrage überlassen. Damit trat die moderne Arbeiterfrage in ein akutes Stadium. Weil die zu ihrer Lösung in erster Linie mit bezogene Gewerkschaftsbewegung sich in Deutschland nicht rechtzeitig und ungehindert entfalten konnte, wurde die Arbeiterschaft von der wirtschaftlich-sozialen Straßensarbeit ab- und in die politische-rabiale Strömung hineingedrängt. Deshalb hat auch Deutschland die stärkste Sozialdemokratie der Welt. (Sehr wahr.) Bei uns ist die Gewerkschaftsbewegung erst aus der politischen Arbeiterbewegung herausgewachsen. Den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter stehen die Arbeitgeberverbände gegenüber; die Mitglieder der Arbeitgeberverbände heftigen indes mehr Angestellte und Arbeiter, als solche heute schon organisiert sind.

Gesetz und Rechtsprechung sind der organisierten Arbeiterschaft wenig günstig; (sehr richtig) die Schlichter, denen sie ausgesetzt ist, kennen die Arbeitgeber kaum. Eine ständige Bedrohung für die Arbeiterorganisationen bildet vor allem der § 153 Gewerbeordnung. (Sehr wahr.) Dieser Paragraph ist ein politisches und tatsächliches Unschick. (Stürmischer Beifall) weil er an sich erlaubte Handlungen bestraft, sobald und weil sie in Verbindung mit dem Organisationsbestreben begangen werden. Praxis und Rechtsprechung der Ge-

richte haben bis jetzt, von Ausnahmen abgesehen, den schärfsten Unternehmerterrorismus gebildet. (Sehr richtig.) Deshalb muß § 153 fallen. (Großer Beifall.) Die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches, des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Zivilprozessordnung genügen vollkommen, um wirkliche Vergehen gegen die Koalitionsfreiheit zu bestrafen. (Sehr wahr.)

Die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenenschaft legt denn auch erst recht entschiedenen Wert auf die Wahrung ein gegen jede Verschärfung beim Ausbau strafgesetzlicher Bestimmungen in den einzelnen Gesetzen und besonders in dem neuen Strafgesetzbuchentwurf. (Beifall.) Die Phrase vom erhöhten Schutze der Arbeitswilligen dient lediglich zur Deckung reaktionärer Maßnahmen, die den Lebensnerv jeder selbständigen Arbeiterbewegung treffen sollen. (Stürmischer Beifall.) Auch wir verurteilen mit aller Energie den sozialdemokratischen Terrorismus. Er ist eine schwere Verfündigung an der Freiheit der Persönlichkeit, die nicht durch den Zusammenschluß, sondern gerade durch sie zur Entfaltung gebracht werden soll, (sehr richtig) was nur möglich ist, wenn die freie Ueberzeugung des einzelnen geachtet wird. Wir halten weiterhin die Monopolstellung einzelner sozialdemokratischer Gewerkschaften nicht nur für ein schreiendes Unrecht, sondern für eine große volkswirtschaftliche und soziale Gefahr. (Sehr wahr.) Trotz alledem aber können wir unter keinen Umständen dulden, daß durch weitere gesetzliche Hemmnisse der ganze Arbeiter- und Angestelltenstand in seiner wirtschaftlichen Vorwärtseentwicklung, die dem Staat und Volksganzen dient, bedroht und gehemmt wird. (Beifall.) Besser ist es noch, es erleidet der einzelne ein Unrecht, als daß der ganze Stand zurückgeworfen wird. (Sehr wahr.) Gegen die scharfmacherischen Vorstöße des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Vereins deutscher Arbeitervereine, des Verbandes sächsischer Industrieller, des Deutschen Handwerker- und Gewerbetages, sowie des Hansabundes und weiterer Organisationen machen wir daher entschiedene Front. (Stürmischer Beifall.) Viel eher als der Arbeiter sollte der Unternehmerterrorismus scharfer erfaßt und verfolgt werden. (Bravo.) Die Materialsperrre, das System der schwarzen Listen, die Beschränkung der Freizügigkeit durch Unternehmer-Arbeitsnachweise, die Entlassung oder NichtEinstellung organisierter Arbeiter und Angestellten und andere Dinge mehr sind durch Gesetz und Rechtsprechung unmöglich zu machen. (Sehr richtig.) Nicht minder entschieden wie den Ruf nach Ausnahmebestimmungen zur Unterbindung der selbständigen Arbeiterbewegung verurteilt der Kongreß die auf das gleiche Ziel gerichteten gelben Bestrebungen. (Sehr richtig.) Mit diesen Bestrebungen wird die Wurzel gelegt an das soziale Verantwortlichkeitsgefühl sowie an Treue und Glauben im sozialen Leben. (Stürmischer Beifall.) Sie sind eine Brutstätte des für das staatsbürgerliche Zusammenleben verderblichsten Egoismus. (Sehr richtig.) Dadurch gefährden sie zugleich mit der Persönlichkeit des einzelnen und der Gesellschaftsmoral auf die Dauer auch die nationale Entwicklung nach innen und außen, weil der Egoismus der stärkste Feind der wichtigsten staatsbürgerlichen Tugenden ist. (Beifall.)

Das Gelingen des Volkes erfordert ein freies, ungehörtes Entfalten der Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Die Arbeiterschaft hat ihr gut Teil zur wirtschaftlichen Erhaltung der deutschen Volks- und Weltwirtschaft beigetragen. Eine konsumfähige, kaufkräftige und leistungsfähige Arbeiterschaft ist eine soziale, nationale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Zu den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften haben wir das Vertrauen, daß sie den scharfmacherischen Bestrebungen nicht nur ablehnend gegenüberstehen, sondern auch an die Beseitigung der Ausnahmebestimmung des § 153 der Gewerbeordnung herantreten. (Stürmischer Beifall.)

Zu dem Thema lag ein Antrag des Gewerkschaftsbereichs christlicher Bergarbeiter vor, der die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes bezgl. des Versammlungswezens und der Flugblattverteilung in loyalerer und freierlicherer Art fordert. Der Antrag stützt sich auf die diesbezüglichen behördlichen Erschwerungen in Oberschlesien.

Die von dem Referenten vorgelegte Resolution fordert Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung, Sicherung des Koalitionsrechtes, Erklärung des Streikpostens gegenüber der Polizeivollmacht für ein im wirtschaftlichen Kampfe erlaubtes Mittel, einheitliche Gestaltung des Vereinsrechtes der Landarbeiter und Schaffung eines Staatsarbeiterrechtes. Die Diskussion gestaltete sich gründlich und vor allem entschieden. Man merkte deutlich, hier handelt es sich um Grundrechte der Arbeiterschaft. Nicht Eingangs des Koalitionsrechtes, sondern Erweiterung, vor allem aber auch Gleichstellung der Arbeiter mit den Unternehmern. Die heutige Praxis in der Handhabung des Koalitionsparagraphen ist einseitig zu Ungunsten des Arbeiters eingestuft. Der § 153 der Gewerbeordnung ist ein Ausnahmeartikel gegen die

Arbeiter. Die Rechtsprechung hat sich gegen früher, soweit es sich um die Arbeiter handelt, noch verschärft, die Unternehmer bleiben dagegen auffallend verschont. Durch eine Einigung der Koalitionsfreiheit würde nur einer Rehabilitierung der Arbeiterbewegung Voranschub geleistet. Freiheit und gleiches Recht fordern die Arbeiterorganisationen ebenso für sich, wie sie andere Berufsgruppen bereits längst praktisch haben.

Auch bei Behandlung dieser Frage mußte ein Vertreter von „Sitz Berlin“, Herr Kloos, seine Querebenen anbringen. Natürlich war er für die Beibehaltung des § 153 der Gewerbeordnung, und bestreift, daß die Unternehmung mit der Gründung gelber Gewerkschaften Terrorismus üben. Streikposten stehen soll nur dort erlaubt sein, wo der Streik erlaubt ist. Wer den Streik erlauben soll, sagte er nicht. Etwa Baron v. Savigny? Besser konnte ein Vertreter des scharfmacherischen Unternehmertums auch nicht reden.

Die Resolution wurde nach einigen stilistischen Änderungen angenommen, die Anträge von „Sitz Berlin“, die zum Teil auf Unkenntnis der bestehenden Rechtspraxis beruhten, abgelehnt.

Am zweiten Verhandlungstag ereignete sich noch ein Zwischenfall. Nach eingetragenen Zeitungsmeldungen und Uebersendung der stenographischen Ausführungen an Kollege Giesberts über eine Tagung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes in Essen a. d. R., hatte dajelbst der Geh. Kommerzienrat Vorster aus Köln, schwere Angriffe gegen unsere Sozialpolitik gerichtet. Er hatte u. a. nicht nur von einer Verschleppung gesprochen, sondern auch von „Gründung eines Schutzverbandes“ gegen die „Uebersozialpolitik“ das Wort geredet. Kollege Giesberts geißelte in scharfen Worten diese Angriffe auf unsere Sozialpolitik, denen der Kongress in begreiflicher Erregung zustimmte.

**Wohnungsfrage.**

Am letzten Verhandlungstage standen zur Verhandlung die Wohnungsfrage und das Arbeitslosenproblem.

Stadtrat Dr. Vold-Dortmund referierte als erster über die Wohnungsfrage. Er weist hin auf die großen Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens, unter denen in erster Linie die unteren Volksklassen zu leiden haben. Die steigenden Mietpreise und der oft anzutreffende Wohnungsmangel zwingen viele tausende Angestellte und Arbeiter ungesunde und unzulängliche Wohnungen zu beziehen. (Sehr richtig.) Daraus ergeben sich sittliche und gesundheitliche Gefahren, denen wir entgegensteuern müssen. Er bespricht eingehend die Schäden der ungesunden Boden Spekulation und des Häuserhandels. In den Kommunen ist der Einfluß der Terrainbesitzer außerordentlich stark, den sie der Entfaltung einer wohlthätigen Wohnungsreform entgegensetzen, weil ihre Privatinteressen sonst zu kurz kommen. Das Privatinteresse darf jedoch nicht ausschlaggebend sein, sondern das öffentliche Wohl. Der Referent begründet eingehend eine vorgelegte Resolution, die gesetzliche Maßnahmen zur Gesundung des Wohnungswesens fordert. (Stürmischer Beifall.)

Kollege Weyer-M. Gladbach als Korreferent knüpfte an den veröffentlichten Entwurf der Regierung zu einem Wohnungsgesetz im Jahre 1904 an.

Der heftige Widerstand, der einerseits von den Haus- und Grundbesitzerorganisationen sowie von den Terrainspekulanten, andererseits von den Kommunen geleistet wurde, hat die Regierung veranlaßt, den Entwurf dem Abgeordnetenhaus gar nicht vorzulegen. (Hört, hört.) Seit jener Zeit haben sich die Verhältnisse so gestaltet, daß heute einer gesetzlichen Regelung noch viel größere Schwierigkeiten im Wege stehen als 1904. (Sehr richtig.) Wenn auch die unteren und minderbemittelten Kreise aus guten Gründen einer gesetzlichen Regelung des Wohnungswesens etwas skeptisch gegenüberstehen, so kann der christlich-nationale Arbeiterkongress doch unmöglich an dem neuen Gesetzesentwurf achtlos vorübergehen.

Bei der Besprechung des Entwurfs hob der Berichterstatter zunächst hervor, daß die dem Entwurf beigegebene Begründung klar und deutlich die Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens hervorhebt und ferner auch auf deren Ursachen hinweist. Das ist doppelt erfreulich, weil dadurch zunächst die bisherigen Behauptungen unserer ernstlichen und weitstehenden Wohnungsreformer bedeutend an Beweisraft gewinnen. Der preußischen Regierung kann kein Mensch nachsagen, daß sie bisher übertriebene sozialpolitische Forderungen gestellt hat. (Sehr richtig.) Auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens wird sie nur das allernotwendigste tun. Nachdem sie jetzt auf Grund des statistischen Materials und amtlicher Berichte das Vorhandensein von Mißständen zugibt, muß sie auch für Abhilfe sorgen. Es ist eben Pflicht der Staatsregierung, für das Wohl aller Volksklassen zu sorgen. (Beifall.) Das Wohl der unteren Volksklassen ist aber durch die schlechten Wohnungsverhältnisse ernstlich gefährdet.

Der jetzige Wohnungsgesetzesentwurf will in Artikel I der ungesunden Bau- und Bodenspekulation entgegenwirken, was durch eine Verringerung des Grund-

stümmengesetzes erreicht werden soll. Der Ortspolizeibehörde soll für die Zukunft das Recht eingeräumt werden, mit Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis die Festsetzung von Fluchtlinien zu verlangen. Auch sollen in Zukunft Plätze in genügender Anzahl (Gartenanlagen, Spiel- und Erholungsplätze) vorgesehen und für Wohnzwecke, Baublöcke von angemessener Tiefe und Straßen von geringer Breite geschaffen werden. Eine wichtige Neuerung sieht Absatz 4, § 12, vor, wonach von dem Baubeholder Dispens zu erteilen ist, falls ein Wohnungsbedürfnis vorliegt. Selbst in der Begründung wird die mißbräuchliche Benutzung des Baubeholders durch manche Gemeindeverwaltungen zugegeben, indem an die Baubeholder Bedingungen geknüpft werden, die von den unteren und minderbemittelten Volksteilen nicht erfüllt werden können. Einen weiteren Vorteil bringt der Artikel I, indem Baumaßen in Zukunft entzogen werden sollen, um sie der Bebauung zugänglich zu machen. Die Enteignungsbestimmungen müssen aber auf baureife Gelände überhaupt ausgedehnt werden.

Der Artikel II des Entwurfs, Baupolizeiliche Vorschriften, bewegt sich zu sehr in unbestimmten Ausführungen. Dringend notwendig ist, die Bauvorschrift durch eine Maßvorschrift zu ersetzen. Es hat sich übrigens längst die Notwendigkeit herausgestellt, eine Landesbauordnung für Preußen zu erlassen. Die vorgesehene Bestimmungen in Artikel II bringen immerhin einige Vorteile, die anzuerkennen sind.

Der Schwerpunkt des neuen Entwurfs liegt in den Artikeln III und IV, die Benutzung der Gebäude- und Wohnungsansicht betreffend. Die Notwendigkeit, Wohnungsordnungen zu erlassen, liegt offensichtlich zutage. Bedauerlich ist, daß nur für Gemeinden und Gutsbezirke mit mehr als 10000 Einwohnern solche Wohnungsordnungen erlassen werden sollen. Durch das Vordringen der Industrie in den ländlichen Gegenden sind auch hier die Wohnungsverhältnisse verschlechtert worden. Darum darf eine unterschiedliche Behandlung von Stadt und Land nicht stattfinden. Auch wäre das eine ungerechtfertigte Benachteiligung der städtischen Mieter und Hausbesitzer.

Der Berichterstatter wandte sich dann gegen eine Ausführung der Begründung, als ob bei den „niederen Kreisen“ eine Neigung obwalte, an der Wohnung zu sparen. Durch die fortgesetzte Steigerung der Mieten sowie der Lebensmittelpreise sind manche Familien gezwungen, an der Wohnung zu sparen. (Sehr richtig.)

Der Artikel IV will für Gemeinden mit 10000 Einwohnern ein Wohnungsamt errichten. Das entspricht nicht den Wünschen des Kongresses. (Sehr richtig.) Auch die Wohnungsaufsicht muß allgemein eingeführt werden. In den verschiedenen Einzelstaaten, wie Hessen, Baden und Württemberg hat man mit der Wohnungsaufsicht die günstigsten Erfolge erzielt. Die Wohnungsaufsicht ist, wie Oberbürgermeister Dominikus in Düsseldorf betonte, Ausgangspunkt und Rückgrat einer gesunden Wohnungspolitik. (Beifall.)

Dem neuen Entwurf werden von den Interessenten-Organisationen sowie von manchen Stadt- und Gemeindeverwaltungen Schwierigkeiten bereitet. (Hört, hört.) Die Interessentengruppen stellen das Privatinteresse über das Gemeinwohl, während der Widerstand der Gemeinden sich erklärt aus dem Uebergewicht der Haus- und Grundbesitzer sowie aus der Angst, etwas von ihrem Selbstverwaltungsrecht preisgeben zu müssen. Angesichts der großen Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens haben aber Regierung und Parteien die Pflicht, festzubleiben, und nicht bloß den Entwurf Gesetz werden zu lassen, sondern noch weitere Verbesserungen hineinzuwerfen. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion sprechen u. a. der Oberbürgermeister Giele von Neuß, der es als Pflicht der Kommunen bezeichnet, in der Wohnungsfrage führend zu wirken, und der heftige Landeswohnungsinspektor Grefschel, der über seine praktischen Erfahrungen berichtete. Ein Antrag der Bergarbeiter fordert, daß bei den Werkwohnungen jede Verquickung des Mietvertrages mit dem Arbeitsvertrag vermieden wird. Er verurteilt die ungesunde Förderung des Kossägenwesens in vielen Werkwohnungen und Kolonien durch die Werkverwaltungen. Die Knappschaftskassen, deren Vermögen enorm wächst, sollen nach dem Vorbilde der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz gehalten sein, den Bergarbeitern Darlehen zum Bau von Arbeiterwohnhäusern zur Verfügung zu stellen. Die vorgelegte Resolution wurde mit einer Ergänzung, ebenso der Antrag des Bergarbeiterverbandes, angenommen.

**Die Arbeitslosenfürsorge.**

Ueber diesen letzten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Valtrusch-Köln:

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht zurzeit die Frage der Arbeitslosenfürsorge. Das allgemeine Konjunkturbild des Weltmarktes zeitigt jetzt allerdings noch keine besonderen Änderungen. In Deutschland machen sich aber be-

trifft. Bestimmungen bemerkbar, und wahrscheinlich werden die Arbeiter in einem Jahre bereits den Wirkungen einer größeren Produktionsstodung ausgesetzt sein. Von den Arbeitgebern und deren Organen wird die zunehmende Arbeitslosigkeit bestritten oder als unwesentlich bzw. als „natürliche Fluktuation“ bezeichnet. (Hört, hört.) Das abgebräute Schlagwort: „Wer arbeiten will, findet immer Arbeit“, das auch heute noch gang und gäbe ist, stellt eine grobe Unwahrheit oder eine arge Selbsttäuschung dar. (Sehr richtig.) Dagegen sprechen schon die mannigfachen Ursachen der Arbeitslosigkeit, wie z. B. technische Neuerungen, Mißernien, politische Konflikte, Wechsel der Moden, Erschöpfung der Arbeitsstätten, Klima und Witterungsverhältnisse, übermäßige Heranziehung von ausländischen Arbeitern usw. Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit hat man bis jetzt leider noch keine genaue Uebersicht. Die Frequenzziffern der öffentlichen Arbeitsnachweise geben in etwa ein Bild der Lage des Arbeitsmarktes. Aus Angebot und Nachfrage bei der Arbeitsnachweise wird festgestellt, wie viele Arbeitssuchende im Kalendermonat auf je 100 offene Stellen kommen. In diesem Jahre kommen auf 100 offene Stellen: im Januar 137,1, im Februar 131,4, im März 118,9, im April 123,5, im Mai 128,9, im Juni 126,9, im Juli 135,7, im August 127,2, im September 121,7, im Oktober 144,2 Arbeitssuchende. (Hört, hört.) Nach den Ermittlungen der Arbeitssachverbände dürften durchschnittlich in Deutschland über 500000 Arbeiter und Angestellte arbeitslos sein. (Hört, hört.) Die Zahl der männlichen Versicherten in den Krankenkassen ist im September und Oktober bereits erheblich zurückgegangen; das ist auch ein Symptom zur Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes. Die Folgen der Arbeitslosigkeit sind überaus verhängnisvoll; die davon Betroffenen verfallen oft gänzlich der Armut, einem schlimmen Feind der Gesellschaft. (Sehr wahr.) Die Eigentumsbelüste mehrten sich in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Viele Arbeitslose finden den Weg zu einem geordneten Leben nicht mehr zurück, werden irre an Gott, Staat und Gesellschaft und fallen der Umsturzpartei, getrieben durch die Geißel der Arbeitslosigkeit, anheim. Eine wirksame Arbeitslosenfürsorge ist darum schon aus Gründen der Klugheit und Staatsraison, sowie aus menschlichen Gründen eine dringende Notwendigkeit. (Stürmischer Beifall.)

Die vollkommenste Lösung der Arbeitslosenfrage wäre ja natürlich die Beschaffung von Arbeit für alle, die arbeiten wollen; das ist aber schwer, sehr schwer. Fürst Bismarck erkannte allerdings schon vor 30 Jahren in gewissem Sinne ein „Recht auf Arbeit“ an. Er meinte, daß der Staat mit seinen weitverzweigten Aufgaben in erster Linie arbeitslosen Bürgern Arbeit verschaffen müsse. Das ist richtig. Der Staat und auch die Kommune sollten in Zeiten der Hochkonjunktur weniger dringliche Aufgaben verschoben, um der Industrie und deren Arbeitern auch in schlechten Zeiten Beschäftigung zu geben. (Sehr richtig.) Die privaten Leiter der Produktion müßten mehr noch als bisher durch ihre Kartelle, Syndikate und Trusts Ordnung in die Produktion hineinzubringen suchen, damit eine größere Stetigkeit in derselben erzielt wird. Hand in Hand gehen muß eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises. Eine Konzentration des Arbeitsnachweises, herbeigeführt durch allgemeine gesetzliche Vorschriften, ist unumgänglich notwendig. (Sehr richtig.) Das Deutsche Reich muß zu einer genaueren und zuverlässigeren Statistik des Arbeitsmarktes kommen. Die Richtlinien, welche der vorjährige Kongress der christlichen Gewerkschaften sowie der diesjährige Kongress der internationalen Gesellschaft zum Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gaben, sind sehr beachtenswert. Der schrankenlosen Schmutzkonkurrenz der geistig und kulturell tiefer stehenden ausländischen Arbeiter, deren Zahl in Deutschland zurzeit über eine Million beträgt, muß durch Regierung und Parlament ein Ziel gesetzt werden. (Sehr richtig.) Hunderttausende deutscher Arbeiter sind arbeitslos und Ausländer nehmen ihre Stellen ein. (Hört, hört.) Die vernünftige Regelung der Arbeitszeit ist ein weiteres vorzeitige Notstandsarbeiten vorzehen. 500 Quadratmeilen Oedland und ca. 1000 Quadratmeilen schlecht genutztes Land haben wir noch in Deutschland. Praktische Beispiele zeigen heute, daß diese Ländereien in brauchbares Garten- und Ackerland verwandelt werden können, und zwar durch Arbeitslose; mögen die beteiligten Behörden nur die dazu nötigen Mittel bereitstellen. „Mehr innere Kolonisation“ sei die Parole. Die Wander-Arbeitsstätten, besonders die in Württemberg und Westfalen, haben sich durchaus bewährt. Ueberall müßten sie eingeführt werden, damit Gerichte und Gefängnisse entlastet und die Menschen, die arbeiten wollen, nicht der Schmach anheimfallen. (Beifall.)

So sehr nun die vorgeschlagenen Mittel, einschließlich der caritativen, geeignet sind, vorbeugend zu wirken und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen,

genügen sie doch nicht, um die Arbeitslosigkeit und die traurigen Folgen derselben zu beseitigen. Wir brauchen also ein noch wirksameres Mittel, und das ist die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, die auf dem Grundsatz der Solidarität beruht. (Sehr richtig.) Um durchgreifendsten wäre eine Reichsarbeitslosenversicherung. (Stürmisches sehr richtig.) Hierzu müssen aber erst zwei Voraussetzungen geschaffen werden, und zwar eine genauere Statistik über den Umfang der Arbeitslosigkeit, sowie die Konzentration des Arbeitsnachweiswesens und der Ausbau desselben. Die Kommunen aber sollten schon jetzt mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung vorangehen. Die Bundesstaaten müssten — nach dem guten Beispiele Bayerns — die Gemeinden hierbei finanziell unterstützen. Die Arbeiter selbst, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, haben in der Arbeitslosenfrage schon mehr als ihre Pflicht getan. Im Jahre 1912 gaben 79 Zentralverbände aller gewerkschaftlichen Richtungen 9366 754 M für Arbeitslosenunterstützung aus. (Hört, hört.) Eine Anzahl deutscher Gemeinden hat bereits eine Arbeitslosen-Fürsorge eingerichtet, so z. B. Köln, Cuxen, Schöneberg, Erlangen, Kaiserlautern, München, Bayreuth, Augsburg, Nürnberg, Jülich, Ludwigshafen, Hagen, Paderborn, Straßburg u. U. und Mühlhausen i. F. Die kommunale Arbeitslosenversicherung wirkt überall dort am besten, wo sie dem „Genteilsystem“ nachgebildet ist und die Arbeiter-Berufsvereine mitwirken. Ohne die Arbeiterorganisationen kann man keine Arbeitslosenfürsorge wirksam einrichten, noch viel weniger gegen sie. Das haben auch die Nationen, die eine staatliche Arbeitslosenfürsorge bereits einführen, wie z. B. Dänemark, Norwegen, Frankreich, die Schweiz und neuerdings England, ohne weiteres eingegeben und berücksichtigt. Das Ziel in Deutschland muß sein: eine Reichsarbeitslosenversicherung nach dem englischen Vorbild, natürlich den deutschen Verhältnissen angepaßt. Die Schwierigkeiten lassen sich bei gutem Willen überwinden und gegen Mißbrauch können entsprechende Sanktionen und Maßnahmen vorgeesehen werden.

Die bürgerliche Gesellschaft kann unmöglich den Arbeitern und Angehörigen allein die Folgen der Produktionsstoppungen und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit aufbürden. Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen sind Nährquellen, aus denen die Sozialdemokratie schöpft. Wir dürfen diese Wunde am Volkstörper nicht offen halten, sondern müssen dieselbe möglichst bald und mit dauerndem Erfolg heilen. (Stürmischer Beifall.)

Der Referent legte eine, diesen Ausführungen entsprechende Resolution vor. In der Diskussion wurde dem Referenten beigegeben, bis auf einen Vertreter von „Sitz Berlin“, der Bedenken gegen die Anwendung öffentlicher Mittel für die Arbeitslosen hat. Die Resolution wurde angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und wurde zur Wahl des Kongressausschusses geschritten. Einmalige bisherige Ausschussmitglieder wurden wiedergewählt, bis auf den Vertreter Kloos von „Sitz Berlin“. Kollege Inbusch vom Gewerbeverein Christlicher Bergarbeiter führte hierzu aus:

Wir sind nicht in der Lage, für die Wahl eines Vertreters des Verbandes katholischer Arbeitervereine „Sitz Berlin“ zu stimmen. Der Verband der katholischen Arbeitervereine „Sitz Berlin“ beziehungsweise seine Leiter haben bei den wichtigsten Fragen der Tagesordnung auf diesem Kongress bewiesen, daß sie nicht praktisch mitarbeiten wollen, sondern sie haben im entgegengesetzten Sinne gewirkt. Sie haben die Einigkeit der Versammlung zu stören gesucht. Ein Vertreter hat sogar versucht, eine Gusskugel des Papstes zur Besetzung zu bringen auf diesem Kongress, der zu einem großen Teil von Angehörigen der evangelischen Konfession besucht ist. Die Vertreter des Verbandes haben versucht, die Wirkung dieses Kongresses abzuschwächen. Sie haben Kandidaten vertreten, durch die die Interessen der Arbeiter nicht gefördert werden. (Zustimmung.) Sie haben Ansichten vertreten, die man auf einem Arbeiterkongress von Arbeitervertretern nicht hören sollte, und die man von Schatzmeistern nicht anders hätte hören können. (Stürmischer Beifall.) Dann hat ein Vertreter angegeben, daß sie sich überlegen müssen, ob sie überhaupt noch bei den wichtigsten Fragen mitarbeiten sollen. Ich stelle daher den Antrag: der Ausschuss wird verpflichtet, dafür zu sorgen, daß sich ähnliche Vorfälle wie in der heutigen Sitzung nicht wiederholen. Wir beauftragen daher, daß von dem Verband katholischer Arbeitervereine „Sitz Berlin“ heute noch kein Vertreter gewählt wird. Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses hat die Aufgabe, sobald der Verband im Anschluß an diesen Kongress die Gewähr bietet, daß er in Zukunft im Sinne der Bestrebungen des Deutschen Arbeiterkongresses zu

Der hier gefaßten Beschlüsse arbeitet. (Stürmischer Beifall.)

Die Vertreter von „Sitz Berlin“ wollten das nicht gelten lassen. Sie erklärten, nicht gegen die Beschlüsse des Kongresses arbeiten zu wollen, man müsse ihnen aber Gelegenheit geben, ihre Grundzüge zu vertreten. Kollege Stegerwald erklärte hierzu, daß „Sitz Berlin“ gewiß das Recht habe, seine Auffassung in seinen Anträgen niederzulegen. Ob man aber solche Anträge vor einen Kongress bringen solle, der sich aus Angehörigen verschiedener Konfessionen zusammensetzt, könne man fraglich bezweifeln. Nicht die Anträge an sich hätten Mißstimmung herbeigeführt, sondern die Art der Begründung. Er ersuchte Inbusch, nach der Erklärung Richters den ersten Teil seines Antrages zurückzuziehen. Der Kongress war der Meinung, daß die Erklärung Richters nicht genüge, und nahm den Antrag Inbusch an. „Sitz Berlin“ hat jetzt Gelegenheit, zu beweisen, daß er ehrlich an der Vertretung der Arbeiterinteressen im Sinne der Kongressbeschlüsse arbeiten will. Tut er das, steht seiner weiteren Mitarbeit im Kongress nichts im Wege.

Nachdem Graf v. Pofadowsky (siehe zweite Seite) eine sehr bemerkenswerte Ansprache an den Kongress gehalten, ergriß Kollege Stegerwald das Schlußwort. Es waren markige, zu Herzen gehende Worte. Er würdigte die Bedeutung des Kongresses für die deutsche Arbeiterchaft. Starke Kräfte seien am Werk gewesen um den Kongress zu hintertreiben. Sogar hohe kirchliche Würdenträger habe man gegen den Kongress einzunehmen versucht. Alle diese Versuche seien jedoch selbstgeschlagen. (Stürmischer Beifall.) Er geht dann noch einmal die gefaßten Beschlüsse durch und bespricht ihre Bedeutung für die Arbeiterchaft. Die Lösung müsse jetzt sein: frisch voran. Mit einem brausenden Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterchaft Deutschlands, und dem Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“, ging der Kongress auseinander.

### Wirtschaftliche Bewegung

Gesperri sind: Sessentirchen (Hiesener) (Sperre über die Firma Himmelfeld & Co). Wiltburg, Eifel (Sperre über die Firmen Garjon jr. und sen. wegen Maßregelung). Ibbenbüren (Sperre über den Baumunternehmer Burgmann wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Hamm i. W. (Sperre über das Studegeschäft Heinrich Wüjeler wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Caterberg (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperre über die Firma Heinrich Bullmann). Neustadt (Schwarzwaldb) (Streik der Zimmerer). Steele (Sperre über die Firma Fr. Fink wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages und Maßregelung). Saffig (Sperre über die Firma Florath wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Rheiderberg (Sperre über das Plattengeschäft Gebr. Schäfer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Kassen (Sperre über das Plattenlegergeschäft J. G. Humbach wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Bochum-Wattenscheid (Sperre über das Plattenlegergeschäft Pülers & Schürmann). Renhammer am Dreis (Streik). Sorau (Sperre über die Firma Häusel). Segen (Sperre über die Firma Eißler). Sommerf. W. (Sperre über die Firma Schneider). Neusalz (Sperre über die Firma Jüdel). Zugung ist ferngehalten.

### Verbandsnachrichten

Barmen. Unsere diesjährige, gut besuchte Generalversammlung fand am 22. November im Versammlungssaal Bogel, Köbigerstraße, statt. Bezirksleiter Kollege Lange war ebenfalls anwesend. Kollege Simon eröffnete die Versammlung und gab den Jahres- und Kassenbericht. Das verfloßene Jahr sei gekennzeichnet für uns Bauarbeiter durch die Tarifbewegung und die Arbeitslosigkeit. Daß wir durch die Tarifbewegung nicht bedrückt worden seien, sei auf die schlechte wirtschaftliche Lage im Baugewerbe, aber auch viel auf das Verhalten der Kollegen zurückzuführen. Denn eine ganze Anzahl Kollegen habe, nachdem sich die Arbeitgeber bei den Verhandlungen Ende Dezember 1912 zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit erklärt hätten, geglaubt, es sei alles in schönster Ordnung. Erst durch die im Frühjahr sehr hart einsetzende Arbeitslosigkeit und durch die langwierigen Tarifverhandlungen seien sie angegriffen und veranlaßt worden, sich jetzt an der Organisationsarbeit zu beteiligen. Ein gut Teil des Erfolges sei dadurch aber verloren gegangen. Es sei dies eine Lehre für die Zukunft. Ertätigt haben 18 Mitglieder, eine General- und 5 außerordentliche Versammlungen. Ferner haben stattgefunden 12 Vorstand- und 16 Vertrauensmännerversammlungen. Die Mitgliederzahl ist infolge der schlechten Konjunktur von 350 am 1. Oktober 1912 auf 308 am 1. Oktober d. J. zurückgegangen. Aufgenommen wurden 74, getrennt sind 59, übergetreten von den Genossen sind 15, abgetrennt 118, sonstiger Abgang 58. Die Kassenverhältnisse gestalten sich folgendermaßen: Einnahme der Zentrale 8500,66 M; an Krankenkassenversicherung wurden in 43 Fällen 577,70 M, an Sterbensversicherung für zwei Frauen 108 M gezahlt. An die Verwaltungsstelle wurden 787,80 M gezahlt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2281,10 M und eine Ausgabe von 1486,29 M. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 794,81 M. Dann Simon noch darauf aufmerksam, daß sich arbeitslose Kollegen sofort melden sollten, denn oft könne Arbeit nachgeholt werden und dadurch die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Er dankte den Kollegen für ihr stilles Gelingen bei der Vertreterwahl zur Baugewerkschaft.

ammungs-Krankenkasse, wodurch wir die Hälfte Vertreter errungen hätten. In der Diskussion forderte Kollege Wangert die Kollegen noch auf, im kommenden Jahre mit aller Kraft für die Organisation zu arbeiten, damit wir bei der nächsten Generalversammlung nicht allein die Zahl 350 erreicht, sondern die Zahl 400 überschritten hätten. Nachdem Kollege Lange dem Vorstand und den Vertrauensleuten den Dank der Bezirksleitung ausgesprochen, wurde zur Vorstandswahl geschritten. In derselben wurde Kollege Frisch Simon als 1., Kollege Wangert als 2. Vorsitzender wiedergewählt. Als 1. Kassierer wurde Kollege Lunzins wieder- und Kollege Frisch Menge als 2. Kassierer neugewählt. Als 1. Schriftführer wurde Kollege Gehring, als 2. Kollege Pfeil wiedergewählt. Als Beisitzer wurden die Kollegen Schaafs und Jeger, und als Revisoren die Kollegen C. Dieblich, J. Galfar, E. Schreiner gewählt. Zu Verwaltungsstellenbelegierten wurden die Kollegen S. Georg, C. Dieblich, G. Fischer, P. Lunzins und Fr. Simon gewählt. Kollege Lange wies auf den vom 30. November bis 3. Dezember in Berlin tagenden Arbeiterkongress hin und versprach, in der nächsten Versammlung über die Verhandlungen Bericht zu erstatten. Nachdem noch die anwesenden Kollegen versprochen, im kommenden Jahre mit aller Kraft für die Organisation zu arbeiten, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter geschlossen.

Düsseldorf. Die Generalversammlung der Maurer und der diesen angeschlossenen Berufe fand am 18. November statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Geschäftliches, 2. Bericht vom Sozialen Ausschuss, 3. Verwaltungsstellenbericht, 4. Krankenkassenwahl der Freien Bauinnung, 5. Kartell- und Geschäftsbericht, 6. Wahlen. Zu Punkt 1 wurde hingewiesen auf die Erledigung der Beiträge betreffs Verpflichtungsmarke. Auch muß sich jeder Kollege schriftlich oder persönlich abmelden, damit die Geschäftsführung erleichtert wird. Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften ist erschienen, die Kollegen, welche ein solches wünschen, müssen sich in die vorgelegten Listen einzeichnen. Vom Sozialen Ausschuss konnte berichtet werden, daß eine Sitzung mit den Parteien des Stadtverordneten-Kollegiums stattgefunden hat, in der die Arbeitslosenfrage behandelt wurde. Das Ergebnis war eine Eingabe an die Stadtverwaltung, die auch bereits auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung gestellt worden ist. Aus dem Verwaltungsstellenbericht ist zu entnehmen, daß die Handelskammer in Verbindung mit der Stadt vollständige Vorträge arrangiert. Dieselben finden in der Aula, Schule Ellerstraße, statt. Vier Vorträge kosten 50 Pf. Ferner wurde die Wichtigkeit der Gewerbegerichtswahl den Kollegen nochmals vorgeführt, die am 12. Dezember stattfindet. Auch wurde die Abrechnung der Verwaltungsstelle vom 3. Quartal entgegen genommen. Dieselbe ist bereits in „Situationsbericht“ der Nr. 47 der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht worden. Im Punkt 4 handelte es sich um die Agitation für die Krankenkassenwahl der Freien Bauinnung. Es wurden die Stimmzettelverteiler gewählt und alle Kollegen nochmals ermahnt, ihre Pflicht zu tun. Nachdem Kollege Gabb die wichtigsten Punkte des Kartellberichts erklärt hatte, wurde zum Geschäftsbericht geschritten. Kollege Reister führte dazu aus, daß im 1. Quartal d. J. 81 Wohngebäude weniger ausgeführt wurden als im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. Auch vom 1. April bis 30. September d. J. sind 213 Baugesuche weniger gegen das Vorjahr eingegangen. Die Arbeitslosigkeit war daher groß. Wenn es nun möglich war, den Rückgang der Zahlstellen aufzuhalten, so sind die Gründe in der eifrigen Agitation vom Frühjahr bis zum Spätsommer zu suchen. Es war möglich, für die abreisenden Kollegen durch Neuaufnahmen Ersatz zu schaffen. Aufgenommen wurden 110 Maurer, 168 Bauhilfsarbeiter und 6 Zementreure. Übergetreten aus anderen Verbänden sind 39 Kollegen. Der Bestand dieser Gruppen ist 611. Versammlungen fanden 22, Vorstand-, Vertrauens- und Baubelegiertenitzungen 17 statt. Der Besuch der Versammlungen war durchweg ungenügend. Die Tarifbewegung nahm fast den ganzen Sommer in Anspruch. Wenn auch die Verhandlungen zumeist durch die Zentralinstanz geführt wurden, so waren doch eine Menge örtliche Differenzen zu beseitigen. Bei 10 Firmen mußte von Organisations wegen eingeschritten werden. Unfälle waren ebenfalls zahlreich. 4 Mann wurden tödlich verletzt, während 14 teils leichtere, teils schwere Verletzungen davontrugen. Zu beklagen ist, daß sich immer zu wenig Kollegen für das Baubelegiertenwesen interessieren. Es soll im nächsten Frühjahr diesem Punkt ein besonderes Interesse entgegengebracht werden. Der Redner meinte zum Schluß, man könne angeichts der schlechten Konjunktur des verfloßenen Jahres mit dem Resultat zufrieden sein. Es wurde nun zur Vorstandswahl geschritten. Der alte Vorstand konnte, nachdem sich die Kollegen zur Annahme bereit erklärt hatten, wiedergewählt werden. Als 2. Schriftführer wurde an Stelle Reizler, der verhindert ist, Georg Schäfer gewählt. Zum Ausschuss der Verwaltungsstelle wurden folgende Kollegen gewählt: Joh. Hoffmann, Math. Müller, Aug. Reubt, Jos. Gabb, Georg Schöpfer, Jos. Weidenbusch, Albert Arnold und Ant. Spighorn. Delegierte zum Sozialen Ausschuss: Bernard Köpfeler, Jos. Weidenbusch, Math. Müller, J. Kremer, Jug. Brinckmann und Karl Reuß. Als Kartellbelegierte wurden die Kollegen Jos. Gabb, Georg Schöpfer, Ant. Spighorn, Petrus Bartolomäus und Bernard Eiters gewählt. Die Vorstandsmittglieder der Zementreure und Hilfsarbeiter werden in späteren Versammlungen gewählt, weil diese Gruppen in Zukunft wieder eigene Versammlungen abzuhalten gedenken. Der Vorsitzende, Kollege Kremer, dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und versprach, auch fernerhin im Dienste der Sache tätig sein zu wollen. Darauf fand gegen 11 1/2 Uhr die Generalversammlung ihren Abschluß.

Essen. (Maurer.) Am Mittwoch, den 19. November, vormittags 11 Uhr, fand im Katholischen Gesellschaftshaus, Steelerstraße, unsere ordentliche Generalversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Auf

der Tagesordnung standen: Jahresbericht des Vorstandes, Vorstandswahl und Geschäftsbesprechung. Der Vorsitzende, Kollege Schmitz, gab zunächst einen Überblick über die wirtschaftliche Lage im Berichtsjahre im allgemeinen. Kollege Bach ging dann näher auf die Lage des Baumarktes in Essen und auf die Entwicklung der Zahlstelle sowie auf die Tätigkeit des Vorstandes ein. Er führte ungefähr folgendes aus: Auf der Generalversammlung des Vorjahres konnte über ein befriedigendes Ergebnis nicht berichtet werden. Auch die Aussichten für das Jahr 1913 waren recht trübe. Die Auffassung, welche wir damals hegten, ist leider in Erfüllung gegangen. Die Lage des Baumarktes in Essen war im Berichtsjahre gerademal trübsamer. Die Fällung der leerstehenden Wohnungen, welche das städtische Statistische Amt am 16. Oktober vorgenommen hat, hat ergeben, daß sich die Lage des Wohnungsmarktes gegenüber dem Vorjahr gänzlich verschoben hat. Insgesamt standen nur 674 Wohnungen, gleich 0,94 Prozent des Gesamtbestandes, leer, gegen 2195, gleich 3,10 Prozent, im Oktober 1912 und 3069, gleich 4,54 Prozent, in 1911. Damit ist Essen weit unter den Normalfuß von 3 Prozent und sogar unter den Mindestfuß von 2 Prozent gesunken. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf die Abnahme der Bautätigkeit zurückzuführen. Von Oktober 1910 bis September 1911 wurden 4969 Wohnungen neu erstellt, von 1911 bis 1912 3312 und von 1912 bis 1913 nur 1640. Der Rückgang der Bautätigkeit beträgt also gegenüber dem Jahre 1911 3329 und gegenüber dem Vorjahre 1672 Wohnungen. Die Ursache des Rückganges war in der Hauptsache die Geldknappheit. Von der Lage des Baugewerbes wird auch die innere Entwicklung der Zahlstelle beeinflusst. Mitgliederbewegung, Finanzgebahren, Vertrauensmänner- und Baudelegiertenwesen und nicht zuletzt der gewerkschaftliche Geist der Mitglieder läuft bis zu einem gewissen Grade parallel mit der Konjunktur des Gewerbes. Gegenüber dem Vorjahr hatte die Zahlstelle 215 Maurer im Durchschnitt weniger. Die Gesamteinnahme betrug bis zum Schlusse des 3. Quartals 29463,70 M., die Beitragsleistung stieg gegenüber dem Vorjahre um 2,2 Mark pro Mitglied. An Unterstützungen wurden bezahlt 2665,37 Mark. Die Krankenunterstützung stieg pro Fall um 2,14 M., die Sterbeunterstützung um 1,60 M. Die unterstützungsberechtigten Sterbefälle weisen 1/3 Mitglieder und 2/3 Frauen auf. Auf dem Gebiete des Rechtschutzes wurden für die Maurer 927,74 M. erzielt. Versammlungen wurden 40 abgehalten, und zwar geteilt in drei Sektionsbezirken. Vorstandssitzungen wurden 19, Vertrauensmänner- und Baudelegiertenitzungen 14 abgehalten. Der Versammlungsbesuch sei, seitdem der Vertrag abgeschlossen, geradezu jammervoll. Von 750 Maurern haben im Durchschnitt nur 61 die Versammlungen besucht. Baudelegierten besuchten zu 23 Prozent, Vertrauensmänner zu 56 Prozent die Baudelegierten- und Vertrauensmänneritzungen. Die vorgenommenen Hausagitationen haben ebenfalls nicht befriedigt. Die Jugendabteilung konnte nach außen ebenfalls keine Fortschritte machen. Der Stamm von 55 jugendlichen Mitgliedern ist erhalten geblieben und zahlen heute nur noch 23 Jugendbeiträge einen Beitrag von 10 Pf., alle anderen 35 Pf. und mehr. Die Agitation wurde im Berichtsjahre nur von wenigen Kollegen betrieben. Tüchtige Mitarbeiter sind auch bei uns Mangelware. Wenn auch in der Gewinnung neuer Mitglieder nicht viel zu holen war, so hätte doch mancher „Laumann“ herangezogen werden können. Um mehr Mitarbeiter zu erhalten, hat der Vorstand die Einrichtung eines Interimskurses eigens für unsere Mitglieder beschlossen. (Dieser wurde am Sonnabend mit 31 Kollegen eröffnet.) Zum Schluß dankte Redner allen Kollegen, die im Berichtsjahre an der Fortentwicklung unserer Zahlstelle mitgearbeitet haben, und gedachte kurz der Kollegen, die der Tod aus unseren Reihen gerissen hat. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Franz Schmitz (als 1. Vorsitzender), Joseph Bach, Peter Scheld, Carl Theis, Joseph Frind und Franz Fischer. Mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden verteilte der Vorstand die Ämter unter sich. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Joh. Kleinfinke, Joh. Schaaf und Wilh. Ludard. Nachdem Kollege Vestum noch einige beherzigenswerte Worte an die Kollegen gerichtet hatte und der geschäftliche Teil erledigt war, wurde die gut verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter geschlossen.

**Soest.** Unsere Monatsversammlung fand am Sonntag, den 23. November, statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Bericht über die Bezirkskonferenz in Paderborn, 2. Vorstandswahl, 3. Bericht über den Bericht von der Konferenz, an welcher unser Zentralvorsitzender, Kollege Wiedeberg, teilgenommen hat und wofür vom Bezirksleiter Kollegen Werner der Geschäftsbericht dargelegt wurde, erspartete Kollege Mühlberg. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurden einstimmig wiedergewählt die Kollegen G. Gosmann als erster, Fr. Wienbürger als zweiter Vorsitzender, Jos. Müller als erster, Wilh. Müller als zweiter Kassierer, Stephan Henke als erster, R. Jabaronshy als zweiter Schriftführer; Hauskassierer verblieb der bisherige Kollege Ferd. Mühlberg. Zu Kassieratoren wurden die Kollegen S. Menaber und J. Sacker gewählt. Als Delegierte zum Ortsrat wurden bestimmt die Kollegen Stephan Henke und Joseph Müller. Unter Verschiedenes erinnerte der Kassierer die Kollegen an die Erledigung der noch rückständigen Beiträge. Als Winterbeitrag sind, wie schon in der vorigen Versammlung beschlossen wurde, Lokalfondsmarken in Höhe von 2 M. von jedem Kollegen zu entrichten. Den von hier abreisenden Kollegen sei auch an dieser Stelle der Dank für ihre treue Mitarbeit und Pflückerfüllung der Verwaltungsstelle gegenüber ausgesprochen.

**Tremessen.** Am Sonntag, den 30. November d. J., nachmittags 2 Uhr, fand im Lokale vorm. Ruder eine große christliche Bauhandwerker-Versammlung zwecks Gründung einer Zahlstelle statt. Zu derselben war Kollege Kuzelt-Pojen erschienen. Die Versammlung war

von den Tremessener Kollegen gut vorbereitet und daher das Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt. Trotz des schlechten Wetters waren sogar einige Kollegen von dem Nachbarstädtchen Mogilno und aus der Umgegend erschienen. Der provisorische Vorsitzende, Kollege Tamborski, eröffnete die Versammlung und erteilte dann dem Kollegen Kuzelt das Wort zum Vortrage. Der Referent gab seiner Freude Ausdruck darüber, daß endlich auch unter den Tremessener Kollegen der Organisationsgedanke wieder Einzug gehalten hat. Bereits vor sechs Jahren waren die Kollegen im christlichen Verbände organisiert, aber durch Eigenbröbelei und durch persönlichen Zwist löste sich die Zahlstelle bis auf ein Mitglied auf. Die Folge war, daß die Kollegen von Tremessen mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen noch keinen Schritt weitergekommen sind, wogegen die umliegenden Orte einen Tarifvertrag mit 47 bis 48 Pf. pro Stunde besitzen. In Tremessen wird ein Stundenlohn von 38 Pf. und noch niedriger gezahlt. Wollen nun die Kollegen von Tremessen, daß ihre Lage gebessert werden soll, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als geschlossen der christlichen Organisation beizutreten. Kollege Kuzelt erteilte für seine Ausführungen reichen Beifall. Sofort traten 25 Kollegen dem Verbände bei, drei weitere traten über. Nach einer regen Diskussion wurde dann zur Vorstandswahl geschritten. Aus derselben gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Joseph Vorhardt (Zimmerer), 2. Vorsitzender Wl. Blaszed (Maurer); 1. Kassierer Joh. Besta (Zimmerer), Hauskassierer Stanisł. Besta (Maurer); 1. Schriftführer Leo Obieglo (Maurer), 2. Schriftführer Leo Guziol (Zimmerer); Revisoren: Andrzejohn (Maurer), Sochowicz (Maurer); Besitzer Romieclo (Hilfsarbeiter). Die Gewählten nahmen das Amt an und versprachen, treu und gewissenhaft ihre Pflicht zu erfüllen und alles daran zu setzen, bis der letzte Bauhandwerker nebst Hilfsarbeiter sich in unseren Reihen befindet. Zum Schluß dankte Kollege Kuzelt den neuen Vorstandsmitgliedern für die Annahme ihres Amtes. Mit einem warmen Appell an den Vorstand und an die Kollegen, von nun an eifrig für unseren Verband zu werben, wurde die imposante Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung findet am 14. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in demselben Lokale statt.

### An die Kollegen vom Eichsfelde!

Wie alljährlich, so sollen auch in diesem Jahre auf dem Eichsfelde Konferenzen stattfinden, und zwar am Sonntag, den 28. Dezember. Um sämtlichen Kollegen den Besuch der Konferenzen zu ermöglichen und leichter zu machen, sollen drei Konferenzen zu gleicher Zeit abgehalten werden, und zwar in Duderstadt für Duderstadt und die nächste Umgebung, in Weissenborn für alle Orte, die an der Bahn Dieckrode-Hezberg liegen, und in Worbis für den Kreis Worbis. Auf diesen Konferenzen soll eine Neueinteilung in der Organisation vorgenommen werden, da sich in den letzten Jahren Mißstände herausgebildet haben, die unserem Verbände nicht förderlich sind. Es fehlt der richtige Zusammenhang und eine eigentliche zentrale Leitung und Ueberaufsicht. Es muß verhindert werden, daß, wenn an diesem oder jenem Orte einmal einige Kollegen Arbeitsgelegenheit auf kurze Zeit haben, dann sofort zur Gründung einer Verwaltungsstelle geschritten wird, die dann nicht lebensfähig erhalten werden kann. Sobald die Arbeit fertig ist, reisen die Kollegen wieder in die Fremde. Sämtliches angeschaffte Verwaltungsmaterial, wie Marken, Bücher, Stempel usw., liegt dann wertlos da. Oftmals haben die Einnahmen an Beiträgen nicht einmal so viel ausgemacht, wie diese Verbandsmaterialien gekostet haben. Ferner arbeitet auch im Sommer eine große Anzahl von Kollegen in ihrer Heimat, die heute nicht organisiert sind, weil die Organisation nicht richtig ausgebaut ist. Es ist kein rechter Zusammenhang vorhanden. Im Winter, wenn die Kollegen in ihrer Heimat angelangt sind, scheidet man zur Gründung einer Winterzahlstelle. Beitrags- und sonstige Marken werden von der Zentralstelle bezogen. Wenn es Frühjahr wird, reisen dann viele Kollegen ab, ohne abgerechnet zu haben. Die Zentral- und Bezirksleitung weiß nicht, wohin die Kollegen gereist sind, und können dieses nur mit großen Geldeausgaben und Zeitaufwand in Erfahrung bringen und die Abrechnung veranlassen. In den meisten Fällen ist dieses sogar unmöglich, die Abrechnungen können erst im darauffolgenden Winter gemacht werden. Die ganze Verwaltungsarbeit leidet darunter. Es bestehen heute Verwaltungsstellen, die im Sommer nicht lebensfähig sind, weil die meisten Kollegen abreisen. Ein großer Teil dieser Kollegen meldet sich in den Arbeitsorten nicht an, und von den Verwaltungsstellen werden dieselben nicht abgemeldet. Sie zahlen ihre Beiträge erst dann, wenn sie wieder zurückkommen. Diese Kollegen werden nirgends erfasst, laufen nebenher. Auch ist es vorgekommen, daß diese Kollegen in ihrer Verwaltungsstelle niedrigere Beiträge zahlen und einen größeren Teil Arbeitslohnmarken entnehmen. Wer soll dieses auch nachträglich kontrollieren können? Dies ist nur ein Teil der Mißstände, die sich herausgebildet haben, die aber doch schon beweisen, daß im Interesse unseres Verbandes Abhilfe geschaffen werden muß.

Der Zentralvorstand und die Bezirksleitung Hannover haben nun beschlossen, das ganze Eichsfeld in einige größere Verwaltungsstellen einzuteilen. Jeder Verwaltungsstelle wird ein bestimmt abgegrenzter Bezirk zugewiesen. Die nachstehende Aufstellung zeigt, wie die Einteilung gedacht ist. Es sind die besonderen Arbeitsverhältnisse, wie auch die Verbindungen, die Verkehrsverhältnisse usw. besonders berücksichtigt. Es kann bei der Einteilung nicht auf den Namen der Verwaltungsstelle ankommen. Bedingung muß sein, daß in einem oder mehreren Orten bestimmt damit zu rechnen ist, daß den ganzen Sommer über Kollegen am Platze sind, die die Geschäfte der Verwaltungsstelle führen können. Der Verwaltungsstellenkassierer muß mindestens das ganze

**Trockene Räume durch Anwa-Zusatz zum Zementmörtel**

Dichtet und desinfiziert den Zementmörtel.

Vom Kgl. Material-Prüfungsamt Groß-Lichterfelde geprüft auf einen Wasserdampfdruck von 6,84 Atmosphären. Sehr ausgiebig und billig. Muster und Prospekt Nr. 612 bl gratis.

A. W. Andernach, Bental a. Rhein.

Jahr zu Hause sein, oder seine Arbeitsstelle so haben, daß er mindestens jede Woche nach Hause kommt. In den einzelnen Orten werden Zahlstellen errichtet oder Vertrauensmänner bestimmt. Diese sorgen für eine regelmäßige Bedienung der Mitglieder am Orte. Alle Marken (auch Lokalfonds für die Winterzahlstellen) und das sonstige Verwaltungsmaterial werden nur von den Verwaltungsstellenkassierern bezogen. Von der Zentralstelle werden nur an die Verwaltungsstellen Marken abgegeben. Am Schlusse eines jeden Kalendervierteljahres muß regelmäßig und pünktlich abgerechnet werden. Sollten in einzelnen Orten die Kollegen im Frühjahr alle abreisen, so muß dafür gesorgt werden, daß dann auch richtig mit der Verwaltungsstelle abgerechnet wird und die „Baugewerkschaft“ abbestellt wird.

Wir wissen, daß in manchen Orten die Kollegen ungenügend von ihren alten Einrichtungen ablassen, wir dürfen aber bei unserer Organisationsarbeit uns nicht vom Ortspatriotismus leiten lassen, für uns müssen die praktischen Gesichtspunkte, nämlich die einer geregelten Verwaltung maßgebend sein. Die einzelnen Orte sollen auch nicht in ihren Rechten beschränkt werden, sie sollen ihre Selbstständigkeit behalten. Im Verwaltungsstellen-Ausschuß sollen alle Orte vertreten sein. Der Vorstand soll auch keineswegs von einem Ort besetzt werden, sondern auch hier sollen die einzelnen Posten auf die verschiedenen Orte möglichst verteilt werden.

Die Neueinteilung ist wie folgt gedacht. Als Verwaltungsstellen sollen gelten:

1. Sieboldshausen, dazu die Orte Einbau, Bilschhausen, Bodensee, Renshausen, Krebeck, Wolfbrandshausen, Kollshausen, Bernshausen, Bernershausen und Seeburg.
2. Duderstadt, dazu die Orte Oberfeld, Wingerode, Westerde, Desingerode-Epflingerode, Seulingen, Werhausen, Reßlerode, Börschenborn, Neuenborn, Immingerode, Dittlingerode, Gerblingerode, Göttingerode, Brehme, Fuhrbach, Langenhagen, Lützenbach, Drochshausen und Breitenberg.
3. Ruhmpringe, dazu die Orte Wollershausen, Lütgenhausen, Müdershausen, Gillerode, Zwinge, Bockelhagen, Siederode.
4. Bilschhausen, dazu die Orte Weissenborn, Lüberode, Hohlungen, Gauröden, Neustadt.
5. Zeitzungen, dazu die Orte Berlingerode, Bledterode, Ferna, Wingerode, Gumbeshagen.
6. Kirchworbis, dazu die Orte Worbis, Breitenbach, Leinesfelde, Beuren, Kallmerode, Birkungen, Klein-Bartloff, Breitenholz, Saujen, Gerode, Niederorshel, Müldigershagen, Deuna-Dollenborn, Breitenworbis, Bernterode und Bleiderode mit Umgebung, bis sich hier eine eigene Verwaltungsstelle errichten läßt.
7. Dingelstädt, dazu die Orte Silberhausen, Gelsdorf, Jelle, Hüstedt-Beberstädt, Kreuzer, Keffershausen, Wackstedt, Kullstedt.
8. Mühlhausen i. Th., dazu die Orte Sidena, riede, Büttstedt, Effelder, Struht.
9. Heiligenstadt, dazu die Orte Westhausen, Bodenrode-Wingerode, Steinbach, Reinholterode, Günterode, Stemmerode, Wangelrode, Kengelrode, Geisfelden und Heuten sowie alle Orte, die westlich und südlich von Heiligenstadt liegen, soweit dieselben noch nicht genannt sind, südlich aber nur bis zu den Orten Dieterode, Kronbach und Martinsfeld einschließlic.
10. Pfaffenwende - Wollerode, dazu alle Orte des Kreises Heiligenstadt, die südlich von Dieterode, Kronbach und Martinsfeld liegen.

Orte, die nicht genannt sind, müssen sich an die ihnen am nächsten liegende Verwaltungsstelle anschließen und mit dem Bezirksleiter verständigen.

Bei dieser Neueinteilung ist natürlich weiter erforderlich, daß jede Verwaltungsstelle sich ein Ortsstatut gibt, worin die gegenseitigen Rechte und Pflichten niedergelegt sind. Um dieses einheitlich zu gestalten, schlagen wir einen Entwurf vor, den die Kollegen in der nächsten Nr. der „Baugewerkschaft“ abgedruckt finden.

### Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Erdmittlungsgebühren, technische Ratungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahmen. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

**Düsseldorf.** Am Bahnhof Dörendorf wurde am 29. November der Maurer Peter Bösch von einem Schnellzug erfasst und tödlich verletzt. Die Maurer wollten des Morgens 7 Uhr die Gleise überqueren, um zur Baubude zu gelangen. Es sollte ein Stellwerk dortselbst vorgebracht werden. Bei dieser Gelegenheit wollten sie einem Personenzug ausweichen und kamen so in das Gleise der durchgehenden Schnellzüge, wo dann das Unglück geschah.

**Embsbetten.** Eine Baukontrolle, wie sie nicht sein soll, wurde hier seitens der rheinisch-westfälischen Baugewerkschaftsgenossenschaft, Sektion I in Münster, vorgenommen. Wir hatten unseren Bezirksleiter, Kollegen Müller, ersucht, der Berufs-genossenschaft auf dem besten Wege von den hier, besonders am Neubau des Gemeindefestsaals, bestehenden, den Unfallverhütungsvorschriften direkt ins Gesicht schlagenden Zuständen Mitteilung

